

Transformationskompetenz, Krisenfestigkeit und Veränderungsbereitschaft der Bevölkerung in der Region Chemnitz

aconium GmbH
im Auftrag der
Chemnitzer Tourismus und Marketing Gesellschaft (CTM)

KONTAKT

aconium GmbH

Invalidenstr. 91
10115 Berlin
www.aconium.eu

IHR
ANSPRECHPARTNER

Tel. +49 (0)30 22183-0
info@aconium.eu

Dr. Carmen Leidereiter
Tel. +49 (0)30 22183-1114
c.leidereiter@aconium.eu

Chemnitzer Tourismus und Marketing Gesellschaft GmbH

Innere Klosterstr. 6-8
09111 Chemnitz
<https://itas-projekt.de/resilienz-studie/>



Gefördert durch:



Bundesministerium
für Wirtschaft
und Klimaschutz

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

Inhalt

1	Zusammenfassung	3
2	Ziel und Aufbau der Studie	5
2.1	Einleitung	5
2.2	Vorgehensweise und Methodik	6
2.3	Überblick zur Struktur des Dokuments	9
3	Stand der Forschung	10
3.1	Resilienz: Widerstandsfähigkeit in Krisenzeiten	10
3.2	Was macht eine Region resilient?	12
3.3	Transformationserfahrung als resilienzfördernder Faktor?	13
4	Ergebnisse der eigenen Erhebungen	15
4.1	These 1: Für Wandel entscheiden: Selbstbestimmt oder durch Überzeugungsarbeit	15
4.2	These 2: Veränderungsbereit ist, wer sich seines sozialen und materiellen Status sicher ist	21
4.3	These 3: Kommunikation ist der Schlüssel zur Akzeptanz von Veränderungen	26
5	Veränderungsbereitschaft stärken: Handlungsfelder und Empfehlungen	31
5.1	Teilhabe und Beteiligung	31
5.2	Bildung, Ausbildung und Medienkompetenz	33
5.3	Kommunikation und zentrale Koordination	33
6	Fazit	34
7	Literaturverzeichnis	36
8	Abbildungsverzeichnis	39

1 Zusammenfassung

Im Zeitalter multipler Krisen – von globalen Pandemien über wirtschaftliche Turbulenzen bis hin zu geopolitischen Konflikten – rückt die Frage in den Mittelpunkt, **wie resilient, also widerstandsfähig und anpassungsfähig Gesellschaften, Organisationen und Individuen** sind. Diese Frage wird auch in der Region Chemnitz/Südwestsachsen immer wichtiger: Insbesondere die Transformation in der Automobilbranche – ausgelöst durch die Mobilitätswende, Künstliche Intelligenz, E-Mobilität etc. –, die Folgen des demografischen Wandels sowie die anhaltenden globalen Krisen stellen die Region vor große Herausforderungen. In diesem Kontext sind Resilienz und Veränderungsbereitschaft entscheidende Kompetenzen, um den tiefgreifenden Umbrüchen unserer Zeit **proaktiv zu begegnen**.

Wir haben im Rahmen dieser Studie untersucht, inwiefern die historischen Erfahrungen aufgrund der Wende und die strukturellen Besonderheiten der Region Chemnitz/Südwestsachsen (im Hinblick auf eine starke wirtschaftliche Abhängigkeit von der Automobilbranche und eine vergleichsweise überalterte Bevölkerung) die heutige Resilienz der hiesigen Bevölkerung beeinflussen und welche **politischen sowie gesellschaftlichen Maßnahmen empfehlenswert** sind, um die Anpassungsfähigkeit der Bevölkerung nachhaltig zu stärken. Sozialwissenschaftliche Theorien lassen vermuten, dass wirtschaftliche Diversifikation, technologische Innovationsfähigkeit, soziale Kohäsion und politische Partizipation wesentliche Merkmale resilienzstarker Regionen sind. Unsere Ergebnisse bestätigen diese Faktoren in Teilen, zeigen aber auch Nuancen und Abweichungen auf, die differenziert betrachtet werden.

Unter anderem zeigen die Ergebnisse unserer Studie die **Wechselwirkungen zwischen individueller und struktureller Resilienz** auf. In der Fachwelt wird zumeist davon ausgegangen, dass eine starke wirtschaftliche Basis in Form diversifizierter Wirtschaftsstrukturen und innovationsfähiger Unternehmen eine zentrale Voraussetzung für resiliente Regionen darstellt. Die empirischen Daten stützen diese Annahme insofern, als dass wirtschaftlich stabilere Akteure tatsächlich eine höhere Bereitschaft zur Anpassung zeigen. Allerdings ist dies eine subjektive Tendenz auf der Ebene einzelner Individuen, die sich nicht für die gesamte Region verallgemeinern lässt. Dazu kommt, dass die Region Chemnitz/Südwestsachsen stark von der Automobilbranche dominiert wird, sodass eine Branchenvielfalt, wie in der Fachliteratur postuliert, nicht im notwendigen Maße vorhanden ist.

Auch stellen **wirtschaftliche Unsicherheiten** im Hinblick auf das Ende des Verbrennungsmotors und daraus folgende prekäre Beschäftigungsverhältnisse nicht nur ökonomische Risiken dar, sondern beeinflussen ebenfalls die subjektive Wahrnehmung von Zukunftsfähigkeit. Personen in unsicheren Arbeitsverhältnissen oder mit negativen Erfahrungen aus der Nachwendezeit neigen eher dazu, Veränderungen als Bedrohung statt als Chance wahrzunehmen. Damit bestätigt sich, dass Resilienz nicht nur als wirtschaftliche, sondern auch als psychosoziale und gesellschaftliche Herausforderung verstanden werden muss: Resilienz ist nicht allein durch strukturelle Rahmenbedingungen bestimmt, sondern maßgeblich von subjektiven Wahrnehmungen und Erfahrungswerten geprägt.

Die Annahme, dass **soziale Kohäsion und gesellschaftliches Vertrauen** als stabilisierende Faktoren wirken, findet in der regionalen Bevölkerung Chemnitz/Südwestsachsens größtenteils Bestätigung. Jedoch zeigt sich ein eklatanter Mangel in dem Vorhandensein dieser Kohäsion: Die Befragten sind sich zwar einig, dass beides zu Veränderungsbereitschaft beitragen könnte, verweisen aber auf die faktische Abwesenheit relevanter Teilhabechancen und einer egalitären Gesellschaftsordnung. Die Wahrnehmung einer fortbestehenden wirtschaftlichen und politischen Ungleichheit zwischen Ost- und Westdeutschland verstärkt soziale Spannungen und trägt dazu bei, dass sich manche Gruppen von den gesamtgesellschaftlichen Veränderungsprozessen abgekoppelt fühlen.

Die **politischen Rahmenbedingungen** spielen ebenfalls eine zentrale Rolle für Resilienz und Transformationskompetenz. Während es als erwiesen gilt, dass partizipative Entscheidungsstrukturen

die **Akzeptanz von Veränderungen** fördern, zeigen die empirischen Ergebnisse, dass bisherige Beteiligungsformate in der Region oft als unzureichend wahrgenommen werden. Viele Befragte berichteten, dass sie sich in politischen Entscheidungsprozessen nicht ausreichend repräsentiert fühlen und dass politische Maßnahmen oft als übergestülpt empfunden werden. Dies deutet darauf hin, dass Resilienz nicht nur durch wirtschaftliche Stabilität und Innovationsfähigkeit gefördert werden kann, sondern auch durch eine stärkere Einbindung der Bevölkerung in die Gestaltung von Transformation. Ein zentrales Spannungsfeld ergibt sich dabei zwischen externer Steuerung (Top-down) und individueller Handlungsfähigkeit (Bottom-up): Während politische Leitplanken als notwendig erachtet werden, um Orientierung und Planungssicherheit zu gewährleisten, werden rigide Vorgaben, die ohne gesellschaftliche Beteiligung formuliert werden, als bevormundend wahrgenommen und können Widerstände hervorrufen.

Ein weiteres zentrales Ergebnis ist die **Rolle der Kommunikation**. Die Akzeptanz von Veränderungen ist eng mit der Art und Weise verknüpft, wie diese kommuniziert werden. Während transparente, sachliche und lösungsorientierte Kommunikationsstrategien Veränderungsprozesse erleichtern, können alarmistische oder unklare Botschaften Ängste verstärken und Veränderungsresistenz hervorrufen. Insbesondere besteht in unsicheren Zeiten ein gesteigertes Bedürfnis nach Erfolgsgeschichten und positiven Narrativen erfolgreicher Transformationen, um das Vertrauen in Wandel zu stärken und die Bereitschaft zur aktiven Beteiligung zu erhöhen. Unsere Ergebnisse belegen, dass politische Top-down Vorgaben und wirtschaftliche Transformationsprozesse in der regionalen Bevölkerung dann auf Akzeptanz stoßen, wenn sie mit partizipativen Entscheidungsstrukturen, klaren und positiv ausgerichteten Kommunikationsstrategien und langfristig stabilen sozialen wie wirtschaftlichen Rahmenbedingungen verbunden sind.

Aus den empirischen Ergebnissen lassen sich **zentrale Handlungsempfehlungen** für politische und wirtschaftliche Akteure in der Region Chemnitz/Südwestsachsen ableiten. Erstens ist die Stärkung sozio-ökonomischer Sicherheit ein wesentlicher Faktor, um Veränderungsbereitschaft zu fördern. Politische Maßnahmen sollten darauf abzielen, wirtschaftliche Stabilität und soziale Absicherung zu gewährleisten, um Unsicherheiten zu reduzieren. Zweitens ist eine stärkere Beteiligung der Bevölkerung an Entscheidungsprozessen notwendig, um gesellschaftliche Akzeptanz für Transformationen zu erhöhen. Partizipationsformate und Bürgerdialoge können dazu beitragen, Widerstände abzubauen und Vertrauen in politische Steuerungsprozesse zu stärken. Drittens sollten gezielte Investitionen in Bildung und Weiterbildung die Anpassungsfähigkeit von Arbeitskräften an neue wirtschaftliche und technologische Entwicklungen fördern. Ein besonderer Fokus sollte hierbei auf Fachkräftesicherung, lebenslangem Lernen und der Förderung von Innovationskompetenz liegen. Viertens sind verlässliche, langfristig ausgerichtete politische Rahmenbedingungen entscheidend, um wirtschaftliche Investitionen und gesellschaftliche Planbarkeit zu sichern. Und letztlich spielen Kommunikationsprozesse, die sich an faktenbasierten, transparenten Inhalten orientieren, eine zentrale Rolle für die Akzeptanzsteigerung, sodass auch den Medien eine relevante Rolle zukommt.

2 Ziel und Aufbau der Studie

2.1 Einleitung

Die Chemnitzer Tourismus und Marketing GmbH | CTM setzt derzeit gemeinsam mit Partnern aus Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertretungen, öffentlichen Einrichtungen sowie der regionalen Wirtschaft das Verbundprojekt „Initiative Transformation Automobilregion Südwestsachsen (ITAS)“ um. Ziel des Projekts ist es, den **tiefgreifenden strukturellen Wandel der Automobilbranche im Raum Chemnitz/Südwestsachsen** aktiv zu begleiten und zu unterstützen.

Die Region ist traditionell eng mit dem Volkswagen-Konzern verbunden – sowohl durch eigene Produktionsstätten als auch durch ein starkes Netz an Zulieferbetrieben, das vor allem von kleinen und mittleren Unternehmen geprägt ist. Vor dem Hintergrund wirtschaftlicher Entwicklungen hin zur Elektromobilität und zum autonomen Fahren sowie dem politisch beschlossenen **Ende des Verbrennungsmotors** steht die Region in den kommenden Jahren vor einer beschleunigten Umstrukturierung. Gleichzeitig verändert sich die Branche hin zu neuen, vernetzten und nachhaltigen Geschäftsmodellen – etwa in Bereichen wie Softwareentwicklung, geteilte Mobilität, Ladeinfrastruktur, Energiehandel oder Kreislaufwirtschaft. Neue Wettbewerber, insbesondere aus den USA und China, bringen konkurrenzfähige Elektrofahrzeuge auf den Markt. Mit dem zunehmenden Einsatz softwarebasierter Technologien entstehen **neue Potenziale für Wertschöpfung** – sowohl in der Produktion als auch in der Nutzung von Mobilität.

All diese Entwicklungen stellen die Region vor grundlegende Veränderungen. Das ITAS-Projekt verfolgt daher das Ziel, im Rahmen eines **Leitbild- und Strategieprozess** regionale Unternehmen, Beschäftigte und öffentliche Institutionen in die Lage zu versetzen, diesen Transformationsprozess aktiv mitzugestalten und sich zukunftsfähig aufzustellen.

Initiiert wurde das Projekt von CTM, IHK Chemnitz, IG Metall, dem Automobilzulieferernetzwerk Sachsen (AMZ) und der Bundesagentur für Arbeit. Es wird im Rahmen der BMWK-Fördermaßnahme „Transformationsnetzwerke“ gefördert. Die Projektlaufzeit erstreckt sich von Juli 2022 bis Juni 2025. Regionaler Fokus sind die Stadt Chemnitz sowie die angrenzenden Landkreise Zwickau, Vogtland, Erzgebirge und Mittelsachsen. Der regionale **Untersuchungsfokus** liegt auf der Region Chemnitz/Südwestsachsen. Dieser Bezugsraum umfasst die Stadt Chemnitz sowie die Landkreise Zwickau, Vogtland, Erzgebirge und Mittelsachsen (vgl. Abbildung 1).



Abbildung 1: Landkreise des Freistaats Sachsen, mit Bezugsraum der Studie

Unsere Studie über Transformationskompetenz, Krisenfestigkeit und Veränderungsbereitschaft der Bevölkerung in der Region Chemnitz („Resilienz-Studie“) ist eine Ausgangsbasis für den regionalen Leitbild- und Strategieprozess. Sie dient darüber hinaus als Grundlage für eine zielgerichtete Ausgestaltung der regionalen Akzeptanzkampagne für Veränderungsprozesse.

Die Region Chemnitz/Südwestsachsen befindet sich aktuell in einem tiefgreifenden Umbruch, ausgelöst durch die Transformation des Automobilsektors, aber auch durch den demografischen Wandel, der einen Mangel an dringend benötigten Fachkräften nach sich zieht. Resilienz im Sinne von Veränderungskompetenz scheint eine grundlegende Voraussetzung, um **flexibel und zukunftsgerichtet** auf die **anstehenden Veränderungsprozesse** reagieren zu können. Ziel dieser Studie ist es, herauszufinden, wie resilient die Bevölkerung der Region Chemnitz/Südwestsachsen heute ist.

Der vorliegenden Studie liegt dabei die Hypothese zugrunde, dass die besonderen geschichtlichen Erfahrungen der Region Chemnitz/Südwestsachsen (politische Neuanfänge mit Gründung DDR, Wende sowie Wiedervereinigung; wirtschaftliche Neuanfänge nach dem zweiten Weltkrieg und der Wiedervereinigung) eine besondere regionale Ausprägung von Resilienz erzeugt hat.

2.2 Vorgehensweise und Methodik

Um dieser Frage auf den Grund zu gehen, kam zur Anfertigung dieser Studie ein Methodenmix zum Einsatz, dessen Ergebnisse im Folgenden dargelegt werden. Eine **Literaturanalyse** fasst den Stand der Forschung zum Thema Resilienz (in Ostdeutschland) zusammen. Als ergänzende **empirische Elemente** wurden zwei digitale Bürgerumfragen zu Veränderungsbereitschaft und Transformationskompetenz in der Region Chemnitz/Südwestsachsen in den Sommern 2023 und 2024 durchgeführt. Diese wurden durch eine in Präsenz durchgeführte Fokusgruppendifkussion im August 2024 ergänzt und vertieft.

LITERATURANALYSE

Mit einer **Literaturanalyse** wird zumeist der Beginn eines Forschungsvorhabens eingeläutet. Sie ist ein wichtiger Schritt in der wissenschaftlichen Forschung, um den aktuellen Stand des Wissens zu einem bestimmten Thema zu verstehen, bestehende Forschungslücken zu identifizieren und relevante Quellen zu sammeln. Dazu werden zunächst die relevanten Datenbanken, Onlinebibliotheken und Publikationen zum Thema identifiziert und systematische Suchbegriffe entwickelt, die das Forschungsthema abdecken. Danach folgt die Auswahl der relevanten Literatur, sowie deren Strukturierung nach Clustern und Kategorien, wie von Mayring¹ vorgesehen. Hier liegt das Hauptaugenmerk der Analyse auf **Mustern, Themen, Diskussionen und Meinungen** in den ausgewählten Quellen, die in der Auswertung darzustellen sind. Auch bestehende Wissenslücken werden dargelegt.

Im Falle der vorliegenden Literaturanalyse zur Resilienz in Chemnitz/Südwestsachsen wurden als Themen „(regionale) Resilienz“, „Indikatoren der Resilienz“, „Strukturwandel“, „Transformation“, „Veränderungswille“, und „Wendeerfahrungen“ ausgewählt und die Recherche auf Publikationen, die Chemnitz/Südwestsachsen betreffen, beschränkt. Es stellte sich recht schnell heraus, dass es fast keine Abhandlungen gibt, die sich direkt mit der Region befassen, sodass es notwendig wurde, die Suche auf Sachsen bzw. ganz Ostdeutschland auszuweiten und weiterführende sozialwissenschaftliche Texte der Resilienzforschung heranzuziehen. Insgesamt konnten so mehrere tausend Seiten einschlägiger Literatur identifiziert und analysiert werden².

MEDIEN UND SOCIAL-MEDIA-ANALYSE

Durchgeführt wurde außerdem eine Medien- und Social-Media-Analyse. Für diese Analysen wurden zwei Formen von Nachrichtenportalen herangezogen: 1) regionale, überregionale und bundesweite Zeitungen als klassische Offline-Medien; sowie 2) vier Kanäle auf der Social-Media-Plattform Facebook als Online-Medium. Hintergrund dieser Auswahl war, dass Tageszeitungen häufig als Indikatoren gesellschaftlicher Umbrüche fungieren³, während die sozialen Medien die Rezeption dieser Umbrüche in der Gesellschaft indizieren.

Um regionalspezifische Trends und Themen zu Strukturwandel- und Transformationsprozessen in der Region Chemnitz/Südwestsachsen gezielt erheben und auswerten zu können, wurde zu jedem vorab definierten Themenfeld eine Suchanfrage mit Schlagworten verfasst. Darauf wurde eine inhaltliche Zusammenfassung des Materials angelegt, wobei auch die identifizierte Tonalität des Artikels, eine räumliche Verortung sowie eine Einordnung der Quelle bezüglich der analytischen Unterscheidung zwischen **Eigen- und Fremdwahrnehmung** erfasst wurde. Das so gesammelte Datenmaterial wurde kontinuierlich deduktiv analysiert und mittels Cluster- und Kategorienbildung strukturiert.

Für die **Social-Media-Analyse** wurde die Methode der Trendanalyse ausgewählt, wobei meistverwendete Begriffe und Schlagworte über einen Zeitraum gesammelt und dann einzelne Kanalbeiträge gezielt nach diesen gefiltert wurden. Dabei wurden als Analysekategorien die Cluster aus der Medienanalyse übernommen, um eine Vergleichbarkeit der Ergebnisse zu gewährleisten. Ziel dieser Auswahl war es, die gesellschaftlichen Reaktionen auf studienrelevante Inhalte und Themen aus einer möglichst heterogenen gesellschaftlichen Masse zu erheben. Die inhaltliche Auswertung der

1 Grundlage dieser literaturbasierten Studienarbeit ist die Methodik der qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring (2010): diese folgt einem systematischen Verfahren zur Untersuchung von Textmaterial, um Muster, Themen oder Strukturen zu identifizieren und zu analysieren. Aus den Mustern entstehenden Cluster- und Kategorien, sodass die Kodierung deduktiv und in Form eines Netzwerkes an Codes erfolgt. Dabei orientiert sich die Analyse vorrangig an der Frage, welche Zusammenhänge zwischen den Clustern sich darstellen und wie sind diese zu begründen sind. Essenziell in der Analyse ist die Interpretationsarbeit, in der das vorliegende, häufig sehr breite Datenmaterial auf das Forschungsinteresse angewandt wird.

2 Ein umfangreiches Literaturverzeichnis findet sich im Anhang.

3 Seethaler; J. & Melischek, G. (2009).

Trendanalyse fokussierte sich hierbei auf die Bewertung der identifizierten Veränderungen als Element der **Eigenwahrnehmung** der regionalen Bevölkerung Chemnitz/Südwestsachsens, sowie deren Bewertung der laufenden Veränderungen.

Sowohl die Medien- als auch die Social-Media-Analyse wurden im Studienverlauf abgebrochen. Einerseits, da deren Aussagekraft in Bezug auf gesellschaftliche Widerstandsfähigkeit sehr begrenzt war und kaum belastbare und verwertbare Ergebnisse generiert hatte. Andererseits konnte vor allem bei der Social-Media-Analyse trotz Geolokalisation nicht abschließend sichergestellt werden, dass die analysierten Inhalte und Reaktionen tatsächlich von in der Region ansässigen Menschen abgegeben wurden. Hinzu kommt, dass die in zwölf Monaten gesammelte Datenmenge sehr gering war, wodurch die Medien- und Social-Media-Analyse zu keinen verwertbaren Ergebnissen für diese Studie führten. Die Ergebnisse der beiden Analysen sind also nicht Teil der vorliegenden Studie.

DIGITALE UMFRAGEN

Als **empirisches** Element wurden zwei digitale **Bürger-Umfragen** zur regionalen Widerstandsfähigkeit der Region Chemnitz/Südwestsachsen durchgeführt. Ziel war es, im Rahmen der ersten Umfrage ein erstes „Stimmungsbarometer“ der Teilnehmenden bezüglich ihrer eigenen Widerstandsfähigkeit sowie der Widerstandsfähigkeit für die Region relevanten Akteursgruppen zu erhalten. Die zweite Umfrage zielte auf **tiefergehende und detailreichere Einschätzungen** der Teilnehmenden ab. Der Fokus der Umfragen lag damit auf Fragen, die nicht durch die Ergebnisse der Literaturanalyse eruiert werden konnten. Da der Rücklauf der ersten Umfrage gering war, wurden deren Ergebnisse mit denen der zweiten Umfrage verschnitten und als ein Datensatz ausgewertet.

Die Umfragen wurden im Erhebungszeitraum vom 08. Juni bis zum 15. August 2023 sowie vom 15. April bis zum 03. Juli 2024 durchgeführt. Um die Bearbeitung für die Teilnehmenden einfach und mit geringem Zeitaufwand zu halten, kam jeweils ein digitales, datenschutzkonformes Umfragetool zum Einsatz. Die Bearbeitung war damit auf mobilen Endgeräten und auf dem PC möglich. Die Bewerbung der Umfrage erfolgte im Rahmen von Vorträgen auf den ITAS Kongressen 2023 und 2024, per Flyer sowie über verschiedenen digitalen Kommunikationskanälen des ITAS-Konsortiums.

Die Umfrage aus 2023 enthielt insgesamt 20 Fragen, wobei es sich bei acht davon um Pflichtangaben handelte. Es wurden ausschließlich Multiple-Choice Antwortmöglichkeiten vorgegeben. Die Rücklaufquote bei der ersten Umfrage betrug 84 Teilnehmende, die Antwortrate lag bei durchschnittlich 70%. Die zweite Umfrage aus 2024 umfasste insgesamt 37 Fragen im offenen und geschlossenen Antwortformat, wobei 21 davon Pflichtfragen und 16 optionale bzw. Freitextantworten zur Begründung der eigenen Einschätzung waren. Der **Rücklauf** bei der zweiten Umfrage lag bei 343 Teilnehmenden, wobei 193 valide Fragebögen abgegeben wurden. Damit lag die Antwortrate bei 59%.

Trotz sorgfältiger Konzeption ist die Aussagekraft der Umfragen aufgrund der **geringen Fallzahlen** begrenzt. Die erste Umfrage mit nur 84 Teilnehmenden lieferte eher qualitative Anhaltspunkte als repräsentative Ergebnisse. Auch wenn die zweite Umfrage mit 193 validen Rückläufen umfangreicher war, bleibt die Stichprobe relativ klein und kann nicht als repräsentativ für die gesamte Region angesehen werden. **Belastbare Rückschlüsse** auf die Gesamtbevölkerung sind daher nur eingeschränkt möglich. Dennoch können die Ergebnisse wertvolle Hinweise auf Wahrnehmungen und Diskurse liefern, besonders als ergänzende Perspektive zu den Ergebnissen der Fokusgruppe und Literaturanalyse.

FOKUSGRUPPE

Im Rahmen der Umfragen wurde die Bereitschaft der Teilnehmenden abgefragt, an einer vertiefenden Fokusgruppendifkussion teilzunehmen. Diese fand am 08. August 2024 in Chemnitz in den Räumen der Chemnitzer Tourismus und Marketing GmbH | CTM statt. Mit den sechs Teilnehmenden wurden die Ergebnisse der Umfragen – mit Fokus auf inhaltlich relevante **Muster, Trends** und individuelle Einschätzungen – vertiefend diskutiert und eine detailliertere Meinung zu Fragestellungen bezüglich der **eigenen Veränderungsbereitschaft, Betroffenheit durch den Strukturwandel** sowie der Frage nach **Verantwortlichkeiten für Strukturwandelmaßnahmen** vorgenommen. Auch die Thematik sinnvoller und zielführender Beteiligungsmaßnahmen war Gegenstand der Diskussion. Obwohl die Anzahl der Teilnehmenden an der Fokusgruppe vergleichsweise überschaubar war, lieferte die Diskussion dennoch wesentliche, aufschlussreiche Impulse, die in die Gesamtauswertung der empirischen Erhebungen eingeflossen sind.

Einschränkend ist darauf hinzuweisen, dass die Ergebnisse der Erhebungen aufgrund der jeweils vergleichsweisen kleinen Stichprobe nicht repräsentativ, sondern als **indikativ für bestehende Tendenzen in der Region** zu verstehen sind. Die Aussagekraft der Ergebnisse ist daher begrenzt: Entsprechend unseres Auftrags verschafft die vorliegende Studie einen groben Überblick, wie sich die Veränderungsbereitschaft der Menschen in der Region Chemnitz/Südwestsachsen entwickelt hat und welche Faktoren zur Resilienz beitragen, ohne dabei jedoch Anspruch auf Vollständigkeit oder Generalisierbarkeit zu erheben. Zur Steigerung von Validität und Repräsentativität der hier vorgestellten Aussagen und Ergebnisse empfehlen wir, eine erweiterte Befragung der regionalen Bevölkerung, idealerweise unter Einbezug einer randomisierten, nach Kohorten gewichteten Zufallsstichprobe durchzuführen.

2.3 Überblick zur Struktur des Dokuments

Im Anschluss an dieses einleitende Kapitel zu Ziel und Aufbau unserer Studie folgt im nächsten Kapitel ein Überblick zum aktuellen Stand der Forschung zu Resilienz und Veränderungsbereitschaft in Ostdeutschland. Dieses Kapitel stellt die Ergebnisse unserer Literaturanalyse dar. Das daran anschließende Kapitel beinhaltet eine Darstellung der im Rahmen unserer empirischen Erhebungen erzielten **Erkenntnisse in Form von drei Thesen**, auf deren Grundlage im anschließenden Kapitel zentrale **Handlungsempfehlungen** für die Region und die verantwortlichen politischen und gesellschaftlichen Akteure abgeleitet werden. Abschließend fassen wir im Fazit die zentralen Erkenntnisse und wesentlichen Schlussfolgerungen zusammen.

3 Stand der Forschung

3.1 Resilienz: Widerstandsfähigkeit in Krisenzeiten

Aus sozialwissenschaftlicher Perspektive beschreibt Resilienz die **Fähigkeit von Individuen, Organisationen und Regionen, Krisen weitgehend unbeschadet zu bewältigen**, das heißt, sich von Schocks erholen zu können und langfristig stabil zu bleiben.

Ursprünglich aus der Physik stammend, wurde der Begriff ab Mitte der 1970er Jahre in der Biologie genutzt, um die Kapazität von Ökosystemen zu beschreiben, sich von extremen äußeren Einflüssen, z. B. Naturkatastrophen, zu erholen und in den ursprünglichen Zustand zurückzukehren. Seit einigen Jahrzehnten hat der Begriff Resilienz in die Psychologie Eingang gefunden. Hier wird Resilienz verstanden als „**psychische Widerstandskraft**; [also die] Fähigkeit von Individuen, schwierige Lebenssituationen ohne anhaltende Beeinträchtigung oder Trauma zu überstehen“⁴.

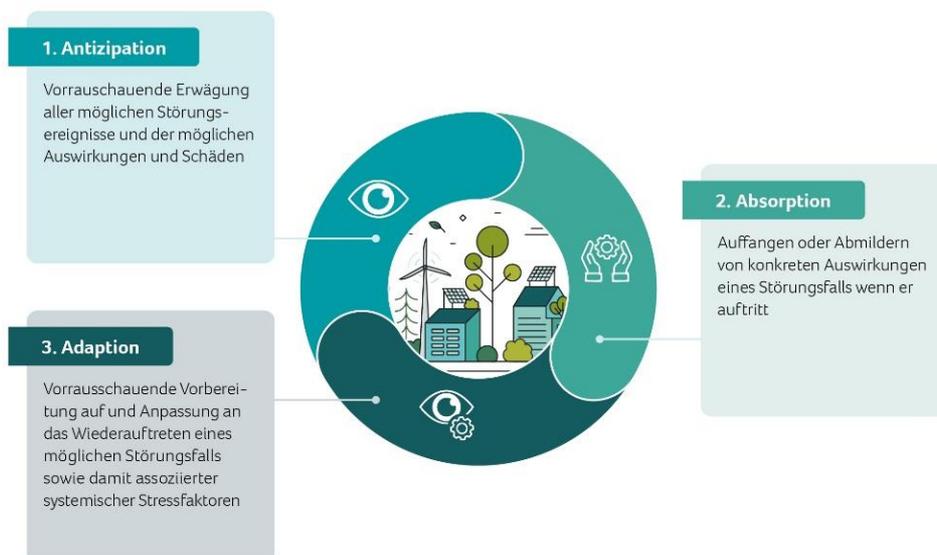


Abbildung 2: Phasen der Resilienz

Später wurde Resilienz auch in den Sozialwissenschaften übernommen, um zu beschreiben, wie gut Systeme, Gesellschaften und Gruppen Krisenzeiten bestehen. Hier geht es besonders um die Frage, wie Krisen bewältigt werden können, ohne dass es zu unüberwindbaren gesellschaftlichen Konflikten oder dem **Zusammenbruch der öffentlichen Ordnung** kommt⁵. In der Sozialforschung wird Resilienz als multidimensionaler Prozess betrachtet, der sowohl auf individueller als auch auf gesellschaftlicher Ebene unterschiedlich ausgeprägt sein kann⁶. Seit 2010 ist der Begriff Resilienz auch in der Organisations- und Unternehmenswissenschaft etabliert⁷. Hier gelten jene Unternehmen und

4 Foken, I. (2016).

5 McAslan, A. (2010).

6 Bec, A. et al. (2018).

7 Tokarski, K.O. et al. (2022).

Organisationen als resilient, die **Marktschocks und finanzielle Krisen durchstehen**, indem sie sich anpassen⁸.

Ein gängiges Modell zur sozialwissenschaftlichen Analyse von Resilienz unterscheidet **drei Phasen: Antizipation, Absorption und Adaption** (vgl. Abbildung 2). Während Antizipation die vorausschauende Erwägung potenzieller Störungen umfasst, beschreibt Absorption die Fähigkeit, akute Krisen abzufedern. Adaption wiederum bezieht sich auf langfristige Anpassungen an neue Rahmenbedingungen⁹.

Die **steigende Relevanz des Begriffs** zeigt sich unter anderem in der wachsenden Anzahl von Studien zu Resilienz in Bezug auf ökonomische, soziale und ökologische Krisen. Besonders in Zeiten multipler, also gleichzeitig ablaufender Krisen gewinnt das Konzept an Bedeutung. In der sozialwissenschaftlichen Betrachtung ist Resilienz ein aussagekräftiges Konzept, das sowohl Zivilgesellschaft, Organisationen und Unternehmen als auch ganze Regionen beschreiben kann.

Stabilität und Kontinuität gelten in der Psychologie als essenzielle menschliche Bedürfnisse, doch gab es in der Menschheitsgeschichte bisher nur wenige Zeiten, in denen diese Bedürfnisse wirklich erfüllt wurden. Vielmehr ist es so, dass Instabilität und kontinuierliche Veränderungen der gesellschaftlicher, politischer, wirtschaftlicher und in zunehmend auch klimatischer Gegebenheiten in der Umgebung die eigentliche Konstante menschlicher Erfahrung darstellen.

Insbesondere in Ostdeutschland, wo **historische Transformationsprozesse wie die deutsche Wiedervereinigung** und der damit einhergehende Strukturwandel prägende Spuren im kollektiven Gedächtnis hinterlassen haben, wird die Frage, wie Menschen mit weiteren Veränderungsprozessen umgehen, umso relevanter. Die historischen Erfahrungen machen die Region zu einem besonderen Fall in der Resilienzforschung: Hier zeigt sich exemplarisch, wie sich tiefgreifende Transformationserfahrungen, langfristig auf Anpassungsfähigkeit und Krisenbewältigung auswirken können.

Aktuell ist die Region einem weiteren tiefgreifenden **Transformationsprozess** unterworfen: In der **Automobilbranche** ist aktuell eine hohe Anpassungsfähigkeit vonnöten, da gesamtgesellschaftliche Veränderungen im Kontext der Mobilitätswende, insbesondere dem Ende des Verbrennungsmotors, und globale Marktverschiebungen neue Konsum- und Produktionsmuster bedingen. Da die Region Chemnitz/Südwestsachsen eine der bundesweit höchsten Industriedichten aufweist und besonders viele Arbeitnehmende in der Automobil- und Zuliefererbranche beschäftigt sind¹⁰, wird die Frage der hiesigen Transformations- und Veränderungsfähigkeit besonders relevant. Gleichzeitig erfordern globale wirtschaftlich-industriell und klimatisch bedingte Herausforderungen und der demografische Wandel umfangreiche Anpassungen der Region.

Vor diesem Hintergrund ist es wichtig, die Resilienz und Transformationsbereitschaft der Menschen in der Region möglichst gut zu kennen. **Wie ist es, Status jetzt, um die Krisen- und Widerstandsfähigkeit der Bevölkerung bestellt?** Wie kann Wandel gestaltet werden, damit die Bevölkerung ihn akzeptiert? Welche Menge an Veränderung verträgt der gesellschaftliche Zusammenhalt und wie viel Sicherheit und Stabilität muss parallel erhalten bleiben? Eine Annäherung an die Beantwortung dieser Fragen wird in der folgenden Studie vorgenommen.

8 Neumüller, W. (2019).

9 McAslan, A. (2010).

10 Imreg & ITAS, 2024.

3.2 Was macht eine Region resilient?

Die Fähigkeit von Regionen, auf gesellschaftliche, wirtschaftliche und technologische Veränderungen zu reagieren, hat in den letzten Jahrzehnten **vor dem Hintergrund multipler Krisen** zunehmend an Bedeutung gewonnen. Aktuelle Studien belegen, dass die Resilienz von Regionen das Resultat einer Kombination verschiedener Faktoren ist. Unter anderem werden wirtschaftliche Diversifikation, Innovationsfähigkeit, soziale Kohäsion und effektive Governance-Strukturen als wesentliche Elemente resilienter Systeme identifiziert. In einem sich wandelnden **wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umfeld** müssen Regionen in der Lage sein, flexibel auf Veränderungen zu reagieren und Krisen langfristig zu bewältigen.

Ein entscheidendes Kriterium für Resilienz ist die **wirtschaftliche Diversifikation**. Regionen mit einer hohen Branchenvielfalt sind weniger anfällig für externe Schocks als solche, die stark von einzelnen Industrien abhängig sind. Hauptgrund für dieses Kriterium findet sich in der Logik von Lieferketten und der globalen Vernetzung der meisten Wirtschaftszweige, welche tiefgreifende Übertragungseffekte zur Auswirkung haben kann. Je mehr Branchen jedoch regional vertreten sind, desto geringer die Chance, dass Krisen oder maßgebliche Veränderungen in einem Wirtschaftszweig die wirtschaftliche Stabilität einer ganzen Region gefährden können¹¹. In Ostdeutschland zeigt sich, dass Regionen mit einer diversifizierten Wirtschaftsstruktur, etwa durch eine Mischung aus Industrie, Dienstleistung und Forschung, widerstandsfähiger sind als monostrukturelle Wirtschaftsräume. In der Region Chemnitz/Südwestsachsen mit ihrer **vergleichsweise geringen Branchenvielfalt** ist eine überdurchschnittliche Abhängigkeit vom Automobilssektor zu beobachten¹², was den Rückschluss nahelegt, dass die Region möglicherweise anfälliger für Krisen ist.

Innovationsfähigkeit ist ein weiteres zentrales Merkmal resilienter Regionen. Forschung und Entwicklung, die Förderung von Start-ups und der Ausbau digitaler Infrastrukturen tragen dazu bei, die wirtschaftliche Anpassungsfähigkeit zu stärken. Gerade in wirtschaftlich schwächeren Regionen zeigt sich, dass Innovationsförderung häufig nicht ausreicht, um strukturelle Nachteile auszugleichen. Es fehlt an der notwendigen Infrastruktur und finanziellen Unterstützung, um langfristige Innovationsprozesse zu sichern.

Auch eine starke **digitale und analoge Infrastruktur** kann Resilienz befördern. Eine gut ausgebaute Infrastruktur ermöglicht die reibungslose Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen, erleichtert den Wissenstransfer sowie den Zugang zu Kommunikations- und Verkehrswegen und stellt somit eine Grundlage für effektives Krisenmanagement sowie gesellschaftliches und wirtschaftliches Vorankommen dar¹³. Als Voraussetzung für moderne Arbeitswelten und Treiber der Innovation scheint außerdem die **Digitalisierung** ein Kriterium resilienter Regionen zu sein. Digitalisierung kann die Vernetzung, Flexibilität und Effizienz in der Produktion sowie der generellen Arbeitswelt befördern, beispielsweise durch ortsunabhängiges Arbeiten und eine vereinfachte Kommunikation¹⁴.

Darüber hinaus wird auch **Nachhaltigkeit** (im ökologischen Sinne) durch die Dekarbonisierung der Energiesysteme im Zuge des Ausbaus erneuerbarer Energien als Katalysator regionaler Resilienz angesehen – denn diese sichert gleichzeitig strategische Souveränität und Autarkie der Energieressourcen¹⁵.

¹¹ Denzel, M. et al. (2022).

¹² Imreg & ITAS, 2024

¹³ Frank, F. et al. (2021).

¹⁴ Krenn, K. et al. (2022).

¹⁵ Wörner, J. & Schmidt, C. (2022).

Ein weiterer wichtiger Faktor ist die **soziale Kohäsion**. Eine egalitäre Gesellschaft mit geringen sozialen und wirtschaftlichen Ungleichheiten zeigt sich in Krisenzeiten stabiler als eine Gesellschaft mit großen Disparitäten¹⁶. Darüber hinaus kann eine **hohe räumliche Mobilität** einen Beitrag zur regionalen Resilienz leisten, da sie den Zugang zu Gemeinschaftsgütern erleichtert, die soziale Vernetzung befördert und den Austausch verschiedener Bevölkerungsteile zueinander unterstützt. Dies wiederum zahlt auf die Verminderung sozialer Unterschiede und ein gesellschaftliches Miteinander ein¹⁷.

In der Psychologie gilt es als erwiesen, dass **Wertschätzung der eigenen Leistungen** und Selbstwirksamkeit Kernkomponenten für Resilienz sind¹⁸. In diesem Zusammenhang beeinflussen die Wahrnehmung und emotionale Bindung die Fähigkeit von Gemeinschaften, Krisen zu bewältigen¹⁹. Andererseits haben Studien umgekehrt festgestellt, dass eine negative Wahrnehmung von Veränderungen Unsicherheiten und Stress verstärken, was wiederum die kollektive Handlungsfähigkeit einschränkt²⁰.

Governance-Strukturen, also die Regel- und Koordinationssysteme einer Region, beeinflussen ebenfalls die Resilienz von Regionen. Eine effektive Verwaltung, die transparente Entscheidungsprozesse und Beteiligungsformate ermöglicht, kann Vertrauen in politische Institutionen stärken und Veränderungsbereitschaft fördern. Zentral ist hierbei die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in den Teilräumen der Bundesrepublik²¹, insbesondere durch Investitionen in Infrastruktur, Bildung und soziale Sicherheit. Auch steht die Förderung der Chancengleichheit und Teilhabe im Vordergrund. In Ostdeutschland spielt die Wahrnehmung politischer Entscheidungen eine entscheidende Rolle für das Vertrauen in den Staat. Negative Erfahrungen aus der Nachwendezeit, etwa mit der Treuhandanstalt²², wirken bis heute nach und beeinflussen das Vertrauen in politische Steuerung²³. Gleichzeitig kommt staatlichen Akteuren auch bei der Innovationsförderung, dem Setzen von Nachhaltigkeitszielen und beim Ausbau der digitalen Infrastrukturen eine entscheidende Rolle zu.

3.3 Transformationserfahrung als resilienzfördernder Faktor?

In Ostdeutschland allgemein und der Region Chemnitz/Südwestsachsen im Speziellen hat das Konzept der Resilienz eine besondere Relevanz. Die Forschungsdebatte zu regionalen Anpassungsprozessen hebt hervor, dass vergangene Erfahrungen mit wirtschaftlichen Brüchen sowohl Resilienz fördern als auch Skepsis gegenüber zukünftigen Veränderungen verstärken können²⁴. Besonders relevant ist die Frage, **inwiefern bereits durchlebte Transformationsprozesse eine nachhaltige Veränderungsbereitschaft und -fähigkeit begründen**. Transformationskompetenz wird in der Forschung als die Fähigkeit definiert, sich an neue wirtschaftliche, technologische und gesellschaftliche Rahmenbedingungen anzupassen, Unsicherheiten zu bewältigen und proaktiv Innovationen zu gestalten²⁵.

16 Endreß, M. & Rampp, B. (2022).

17 Bec, A. et al. (2018).

18 Foken, I. (2016).

19 Bec, A. et al. (2018).

20 Bec, A. et al. (2018).

21 Vgl. Raumordnungsgesetz vom 22. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2986), zuletzt geändert durch Artikel 1 Gesetz vom 22. März 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 88).

22 Die Treuhandanstalt wurde im Juni 1990, kurz nach dem Fall der Berliner Mauer und der Öffnung der Grenzen zwischen Ost- und Westdeutschland, gegründet. Sie war damit beauftragt, die DDR-Staatsbetriebe zu privatisieren, die in einem wiedervereinigten Deutschland als wirtschaftlich nicht lebensfähig galten.

23 Bec, A. et al. (2018).

24 Heine, K. et al. (2020).

25 Vogel, B. & Lessnich, S. (2021).

Die Region Chemnitz/Südwestsachsen hat im Laufe der letzten zwei Jahrhunderte tiefgreifende wirtschaftliche und **gesellschaftliche Transformationsprozesse** durchlebt. Bereits im 19. Jahrhundert entwickelte sich Chemnitz zu einem bedeutenden Industriestandort, unter anderem geprägt durch Textilindustrie und eine leistungsfähige Eisenbahninfrastruktur. Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit brach jedoch als Folge des Zweiten Weltkriegs zusammen. In der DDR wurde die Region als Standort der Automobil- und Textilindustrie sowie des Maschinen- und Bergbaus wiederaufgebaut. Nach der **Wiedervereinigung** durchlief die Region eine der drastischsten Strukturwandelphasen in Deutschland: Die Abwanderung, die Privatisierung ehemals volkseigener Betriebe und die Deindustrialisierung prägten die sozioökonomische Entwicklung der Region.

Die Fähigkeit, auf diese Umbrüche zu reagieren, wurde in der Transformationsforschung als eine Form regionaler Resilienz beschrieben, die sich in **lokalen Strategien zur Krisenbewältigung** manifestierte²⁶. Die Chemnitzer Region entwickelte in den 1990er Jahren spezifische Anpassungsmechanismen, etwa durch das Chemnitzer Konsensmodell, ein lokales Netzwerk, das betriebliche Schließungen verhindern und alternative Wirtschaftsstrukturen etablieren sollte. Ähnliche regionale Anpassungsstrategien wurden auch in anderen postsozialistischen Regionen Europas untersucht, wobei sich zeigte, dass langfristige Erfolge stark von der institutionellen Einbettung solcher Maßnahmen abhängen²⁷.

Ob die durchlebte Transformation eine langfristige Veränderungsbereitschaft fördert, bleibt fraglich. Studien zur ostdeutschen Wirtschaftsentwicklung zeigen, dass Erfahrungen mit derart disruptiven Veränderungen **ambivalente Effekte** haben können: Während manche Menschen und Regionen neue Herausforderungen als Chance wahrnehmen, stellt sich bei anderen eher Skepsis ein²⁸. Oft sind es die Erfahrungen aus vorhergehenden Transformationsprozessen, die für die jeweilige Wahrnehmung ausschlaggebend sind. Zusätzlich scheinen Machtstrukturen und Partizipationschancen entscheidende Faktoren zu sein, ob Transformation als positiv gestaltbar oder als Bedrohung wahrgenommen wird²⁹.

Die Wendeerfahrung beeinflusst bis heute das **Selbstverständnis der Bevölkerung**. Einerseits führten die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umbrüche nach der Wiedervereinigung zu tiefgreifenden strukturellen Veränderungen, die viele Menschen und Unternehmen vor große Herausforderungen stellten. Der Übergang von einer sozialistischen Planwirtschaft zur globalen Marktwirtschaft erforderte erhebliche Anpassungsprozesse, die trotz enormer Mühen nicht immer den gewünschten Erfolg erzielten. Andererseits stellen diese Erfahrungen einen erlebten Hintergrund dar, in dem Veränderung und Anpassung ein Teil der Biografie der hiesigen Bevölkerung sind. Damit verfügt die ostdeutsche Bevölkerung über einen Erfahrungsschatz und „kollektiv-erlerntes“ Wissen, wie mit tiefgreifenden Veränderungen umgegangen werden kann.

Die aktuelle Phase des wirtschaftlichen Wandels stellt **neue Herausforderungen** an die Region. Digitalisierung, Dekarbonisierung und die Transformation der Automobilindustrie erfordern erneut Anpassungsfähigkeit. Während frühere Studien zu Resilienz betonen, dass Regionen mit einer starken Innovationskultur erfolgreicher auf Transformationen reagieren³⁰, zeigen Untersuchungen zu ostdeutschen Wirtschaftsregionen, dass institutionelle Pfadabhängigkeiten und wirtschaftliche Machtasymmetrien häufig die Entfaltung solcher Innovationspotenziale einschränken³¹.

Die Transformationsforschung hebt hervor, dass erfolgreiche regionale Resilienz sowohl strukturelle als auch kulturelle Faktoren erfordert: Neben wirtschaftlicher Diversifizierung und technologischer

26 Fuchs, R. & Klingholz, R. (2019).

27 Grabher, G. (1997).

28 Neugebauer, C. et al. (2022).

29 Oschmann, D. (2023).

30 Simmie, J. & Martin, R. (2010).

31 Lang, T. (2021).

Innovationsfähigkeit sind **gesellschaftliches Vertrauen** und **politische Gestaltungsspielräume** entscheidend, um Veränderungen aktiv mitzutragen³².

Zusammenfassend zeigt sich, dass Transformationskompetenz als ein grundlegendes Element von Resilienz nicht eindimensional betrachtet werden kann. Wie das Phasenmodell am Anfang dieses Kapitels unterstreicht, ist Resilienz vielmehr ein **dynamischer Prozess, der unterschiedliche Phasen der Reaktion, Anpassung und Erneuerung** umfasst. Auch in sozio-ökonomischen Krise hängt die Fähigkeit, diese zu bewältigen stark von der Verfügbarkeit von Ressourcen, sozialem Zusammenhalt und der Möglichkeit zur politischen Mitbestimmung ab. Die Fachliteratur zum Thema legt nahe, dass wirtschaftliche Diversifikation, soziale Kohäsion und effektive Governance resilienzfördernd wirken, während wirtschaftliche Unsicherheit und mangelndes Vertrauen in politische Institutionen die Widerstandsfähigkeit schwächen können. Besonders in Ostdeutschland zeigen sich die langfristigen Auswirkungen von Transformationserfahrungen auf die Resilienz der Bevölkerung.

4 Ergebnisse der eigenen Erhebungen

4.1 These 1: Für Wandel entscheiden: Selbstbestimmt oder durch Überzeugungsarbeit

Wir sehen, dass es viele verschiedene zentrale Akteure im Spielfeld des Strukturwandels gibt. Während die Hauptverantwortung für die Gestaltung des Strukturwandels bei Politik und Wirtschaft gesehen wird, wird die Hauptbetroffenheit bei Beschäftigten und Unternehmen verortet. Gewünscht werden stabile Rahmenbedingungen von Seiten der Politik, die die anstehenden Veränderungen regulatorisch flankieren, aber weiterhin selbstbestimmte Entscheidungen zulassen.

Selbstwirksamkeit spielt für Veränderungsbereitschaft eine große Rolle. Wer das Gefühl hat, dass die eigenen Handlungen Wirkung zeigen, ist tendenziell offener für Veränderungen. Ein Mix aus Top-down Vorgaben und Bottom-up Prozessen wird benötigt, um die anstehenden Veränderungsprozesse optimal anzugehen.

Die Daten, welche zur Erstellung der ersten These genutzt wurden, setzen sich größtenteils aus den Ergebnissen der Umfragen sowie der Fokusgruppe zusammen. Punktuell werden diese Datensätze durch Ergebnisse der Literaturanalyse ergänzt.

Die erste These ist geprägt vom Spannungsfeld zwischen Top-down und Bottom-up Prozessen vor dem Hintergrund **individueller Veränderungsbereitschaft**. Im Kontext politischer Entscheidungen werden Top-down-Ansätze (engl.: „von oben nach unten“) als jene beschrieben, die eine bestimmte, in unterschiedlichsten Bereichen anwendbare Vorgehensweise beschreiben, wobei die Lösung einer Problemstellung zunächst allgemein angegangen wird, um sich anschließend den Einzelfragen zuzuwenden³³. „Durchregieren“ oder „von oben herab entscheiden“ sind im bundespolitischen Kontext häufig verwendete Synonyme. Im Gegensatz dazu setzen Bottom-up-Strategien (engl.: „von unten nach oben“) an der Basis der Bevölkerung an und tragen ihre Anliegen schrittweise in die

³² Hassink, R. et al. (2018).

³³ bpb (Bundeszentrale für politische Bildung) (2022).

höheren Hierarchien³⁴. Oftmals werden Graswurzel- und Bürgerbewegungsinitiativen auch als Bottom-up Ansätze beschrieben.

Im Rahmen unserer Studie zeigt sich dieses **Spannungsfeld** vorrangig daran, dass Bürger den Unterschied zwischen beiden Modellen daran bewerten, ob Veränderungen von extern – durch gesetzliche Vorgaben, die geopolitische Lage oder wirtschaftliche Zwänge – vorgegeben werden oder intern – also aus eigener Entscheidung heraus – entstehen. **Top-down und Bottom-up Prozesse** stellen zwei Pole in der Gestaltung des Wandels und der Förderung der Veränderungsbereitschaft dar, die sich zwar nicht gegenseitig ausschließen, aber komplex interagieren. Als emblematisch für diese beiden Pole nannten unsere Befragten am häufigsten die Rolle der Politik als externen Top-down Treiber und die der Selbstwirksamkeit³⁵ als internen Bottom-up Treiber für Veränderungsbereitschaft. Im Folgenden rücken beide Pole, ihre Interaktion und emblematische Repräsentation in den Betrachtungsmittelpunkt.

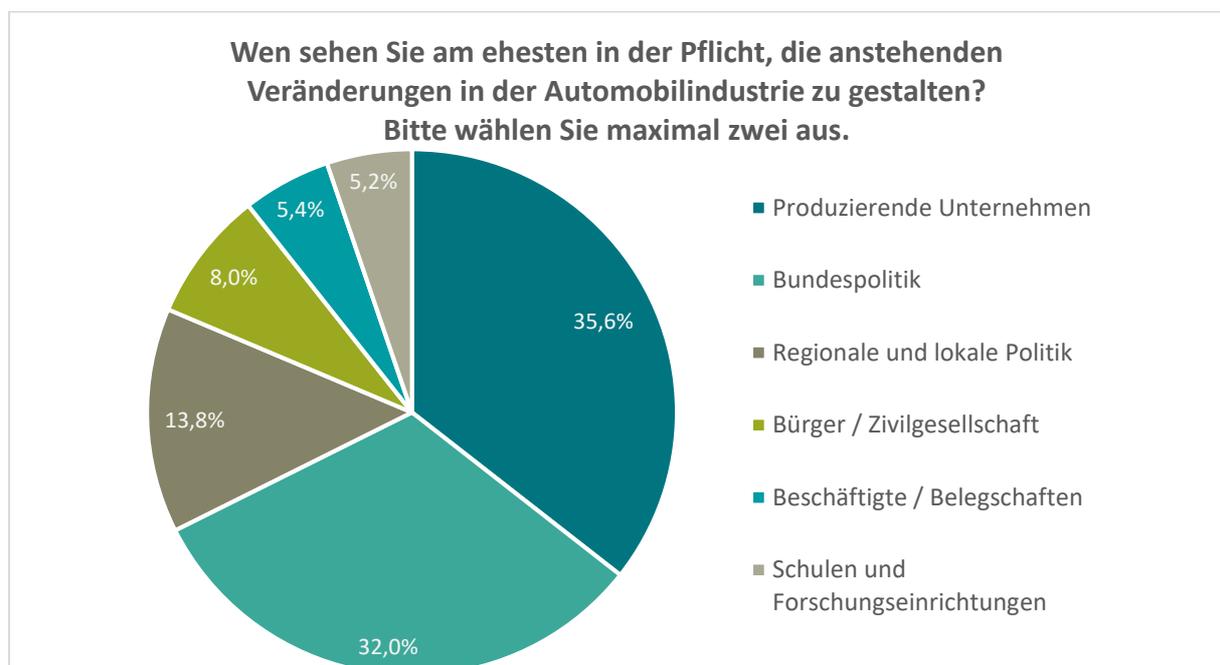


Abbildung 3: Verantwortung für Gestaltung des Wandels

Wie Abbildung 3 zeigt, schrieben die Befragten vor allem der Bundes- und Regionalpolitik sowie den Unternehmen die Hauptverantwortung bei der Gestaltung des Wandels zu. Es zeigt sich also ein Zusammenhang zwischen politischen Vorgaben und Verantwortung einerseits und industrieller Entwicklung sowie unternehmerischer Verantwortung andererseits. Ein Befragter in den Umfragen erläuterte diese Zuschreibung: „Politik kann Rahmenbedingungen schaffen, Industrie muss umsetzen, es sollte aber nicht am Bedarf und den Möglichkeiten der Bürger vorbei gehen“³⁶. Die Diskussion im Rahmen der Fokusgruppe konkretisierte diesen Kommentar:

„Politik hat die Rahmenbedingungen zu schaffen, diese müssen nachhaltig und zeitlich langfristig sicher sein – nicht immer nur dieses Fahren auf Sicht. Unternehmen und Beschäftigte brauchen eine langfristige Orientierung – daher ist es essenziell wichtig, dass einmal getroffene Entscheidungen dann auch verbindlich sind, damit alle wissen, worauf sie sich einlassen.“³⁷

34 Ebd.

35 Gefühl, dass die eigenen Handlungen Wirkung zeigen.

36 Eigene Erhebung, Umfragen.

37 Eigene Erhebung, Fokusgruppe vom 08.08.2024

In dieser Gewichtung der Verantwortung und ihren Erläuterungen zeigt sich, dass Bürger durchaus ein Verständnis und eine Sensibilität für die Umstände der **geopolitischen und wirtschaftlichen Lage** haben. Dennoch werden die bereits laufenden Maßnahmen, sowie jene, die angekündigt sind, ambivalent betrachtet. Vor allem im Rahmen des Strukturwandels und des Transformationsmanagements wird die **gezielte Steuerung** von Veränderungsprozessen erwartet. Die Politik soll „die 'Leitplanken' für eine komplette Produktionsumstellung schaffen“³⁸, welche die wirtschaftlichen Akteure brauchen, um langfristige und nachhaltige Geschäftsstrategien zu entwickeln. Dabei wird in drei Vierteln der Zitate, die eine politische Richtungsvorgabe fordern, betont, dass diese Vorgaben dann auch belastbar und langfristig bindend sein müssen.

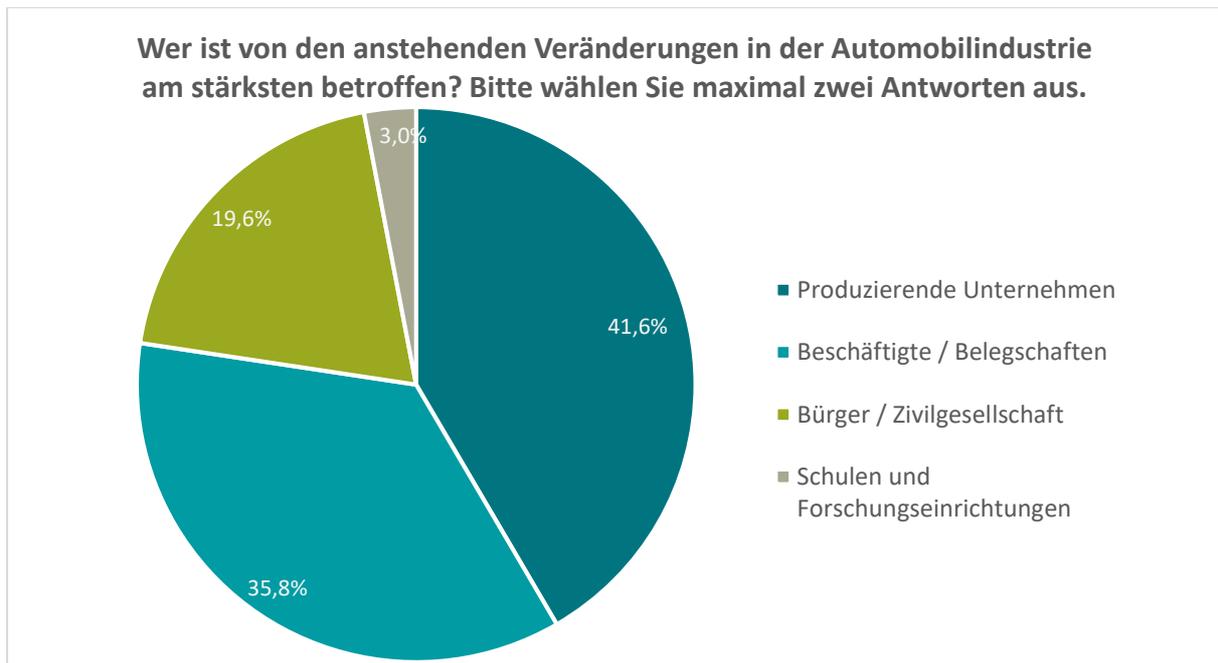


Abbildung 4: Betroffene des Wandels

Andererseits wird in Abbildung 4 deutlich, dass die **Hauptbetroffenen des Strukturwandels** in der Bevölkerung, bei den Unternehmen und den Beschäftigten verortet wurden: Sowohl Bürger als auch die Belegschaften der vom Strukturwandel betroffenen Betriebe müssen die Konsequenzen politischer und wirtschaftlicher Entscheidungen tragen. Ein Beispiel für diese Tendenz zeigt sich in der auch im ITAS Strukturbericht identifizierten Verlagerung von Forschungs- und Entwicklungsabteilungen der Automobilhersteller nach Niedersachsen und Süddeutschland, und dem damit verbundenen Abbau von Stellen vor allem im Hochlohnsegment³⁹, den unsere Befragten ebenfalls anführen.

Dabei waren die Befragten größtenteils der Meinung, dass die Betroffenen nicht ausreichend in die Veränderungsprozesse eingebunden wurden. Nur 21% fühlten sich genügend in die Gestaltung der Veränderungsprozesse eingebunden, während 67,9% angaben, gar nicht oder nur unzureichend einbezogen zu sein und 10% keine eindeutige Auswahl trafen⁴⁰. Dennoch waren 85% der Befragten sicher, dass die anstehenden **Veränderungen nur gelingen können, wenn die Bevölkerung der Region aktiv einbezogen wird**⁴¹.

³⁸ Eigene Erhebung, Fokusgruppe vom 08.08.2024

³⁹ Imreg & ITAS (2024).

⁴⁰ Eigene Erhebung, Umfrage, Frage 28: „Inwieweit stimmen Sie der folgenden Aussage zu: Ich fühle mich in den Strukturwandel der Region einbezogen“?

⁴¹ Eigene Erhebung, Umfrage, Frage 27: „Inwieweit stimmen Sie der folgenden Aussage zu: Der Strukturwandel gelingt nur, wenn die Bevölkerung aktiv einbezogen wird“?

In den Erläuterungen zu diesen Antworten kommentierte ein Umfrageteilnehmer, dass die Politik völlig abgehoben von den **Lebenswirklichkeiten der Bevölkerung** agiere. Diese Einschätzung wurde wiederholt geäußert, indem Kritik an konkreten rechtlichen Vorgaben, wie dem Gebäudeenergiegesetz oder der Förderung für E-Mobilität geäußert wurde: „Es wurde 'von oben' beschlossen, dass der nächste Schritt für Elektromobilität ist. Egal wie man dazu steht, es wird kommen“⁴². Im Kontrast zur Forderung nach politischen Eckpunkten zur Orientierung steht also die Wahrnehmung, dass die Politik nicht proaktiv arbeitet, sondern vielmehr reaktiv handelt, ohne dabei die Bevölkerung und ihre Belange einzubeziehen.

Im Rahmen der Fokusgruppe wurden diese Einschätzungen vertiefend diskutiert. Es kristallisierten sich zwei **konkrete Bedürfnisse** heraus. Erstens: Politische Vorgaben sollten an den sozialen and wirtschaftlichen Lebensrealitäten und Bedarfen der Bevölkerung entlang geplant und umgesetzt werden. Zweitens: Die Bürger, von denen Anpassung erwartet wird, müssten in den Prozess der Entscheidungsfindung einbezogen werden. So kommentierte eine Umfrageteilnehmerin, sie nehme es gerne in Kauf, an Veränderungen teilzuhaben, auch wenn das mit Einschränkungen verbunden sei, solange diese Veränderungen dann sozialverträglich und partnerschaftlich für alle gestaltet würden. Die Befragten identifizierten also eine Lücke zwischen politischen Vorgaben und dem Einbezug ihrer Belange und sahen als Resultat eine Ausgestaltung der politischen Vorgaben, die ihre Interessen nicht ausreichend berücksichtigt. In Extremfällen wurden diese sogar als „Zwang“ dargestellt. Reine Top-down Vorgaben scheinen sich also eher hemmend auf die Veränderungsbereitschaft auszuwirken.

Wenngleich also ein politischer Orientierungsrahmen ausdrücklich erwünscht ist, werden übermäßig rigide Vorgaben schnell als Bevormundung angesehen. Im Rahmen der Fokusgruppe umschrieb ein Teilnehmer dieses Spannungsfeld:

„Es ist eine Frage nach der Enge des Rahmens: Wenn die politische Vorgabe lautet, „Wir wollen weg vom Verbrenner!“, dann ist das zwar eine Vorgabe, die ist aber technologieoffen. Die Leute können sich dann überlegen, wie komme ich dahin? Die Unternehmen haben mehrere Geschäftszweige und Handlungsoptionen. Wenn es aber heißt: Wir machen jetzt nur noch E-Mobilität“, dann wird's schwierig, weil der Rahmen zu eng ist, um unternehmerisch oder persönlich sinnvolle Entfaltung zuzulassen“⁴³

Es wirkt, also ob reine Top-down Vorgaben dem Wunsch nach **bedarfsorientierter und bestenfalls partizipativer Organisation** entlang der Möglichkeiten und Bedürfnisse der Bevölkerung (Bottom-up) entgegenstehen. Zitate wie: „Die Bundesregierung sollte nicht über die Köpfe der Bevölkerung hinweg entscheiden“⁴⁴ verdeutlichen den Wunsch nach stärkerer Partizipation und Mitbestimmung.

Ebenso weist die gängige Fachliteratur intensiv auf die Wechselwirkung zwischen Top-down und Bottom-up Prozessen hin. Staatliches Handeln, z.B. durch Förderprogramme oder „awareness-raising“ Kampagnen, könne Resilienz fördern, wenn es die Belange der Bevölkerung ernst nimmt und auf die Erhaltung einer möglichst **stabilen sozialen Ordnung** ausgerichtet ist. Im Vordergrund steht hier vor allem der staatliche Auftrag zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in den Teilräumen der Bundesrepublik⁴⁵, sowie die Förderung der Chancengleichheit und Teilhabe.

Eines der von den Teilnehmenden unserer Studie angeführten Bedürfnisse bezieht sich auf die Einbindung bürgerlicher Belange sowie eine **sozial gerechte und partizipative Ausrichtung** im Umgang mit Veränderungen. Die Befragten sind sich weitgehend einig, dass die aktuellen politischen Vorgaben

42 Ebd.

43 Eigene Erhebung, Fokusgruppe vom 08.08.2024.

44 Ebd.

45 Vgl. Raumordnungsgesetz vom 22. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2986), zuletzt geändert durch Artikel 1 Gesetz vom 22. März 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 88).

und das staatliche Handeln diesem Anspruch nicht gerecht werden. Ein Teilnehmer erläuterte in diesem Zusammenhang: „*Veränderungsbereitschaft ist stark abhängig von der Frage, ob ich selbst beschließe, Veränderungen angehen zu wollen. Zum Beispiel: Wird Veränderung oktroyiert durch Krisen, oder [...] habe ich das Gefühl, selbst Veränderungen bewirken zu können und sind diese in meinem Sinne*“⁴⁶. Eine weitere Teilnehmerin ergänzte: „*Wichtig ist, dass man das Gefühl hat, etwas tun zu können; dass das eigene Handeln Dinge zum Positiven verändern kann*“.⁴⁷ Eine mögliche Schlussfolgerung wäre, dass, wenn Individuen das Gefühl haben, durch eigene Beiträge etwas verändern oder bewirken zu können, die Bereitschaft zur Veränderung tendenziell größer ist.

Das hier beschriebene Gefühl, dass die eigenen Handlungen Wirkung zeigen, wird in der Soziologie und Psychologie als „Selbstwirksamkeit“ bezeichnet und als Voraussetzung für Veränderungsbereitschaft intensiv diskutiert. Auf der Ebene einzelner Individuen gilt es in der Psychologie als erwiesen, dass **Wertschätzung der eigenen Leistungen** und Selbstwirksamkeit Kernkomponenten für Resilienz sind⁴⁸. In diesem Zusammenhang beeinflussen die Wahrnehmung und emotionale Bindung die Fähigkeit von Gemeinschaften, Krisen zu bewältigen. Emotionale Stabilität kann die Widerstandskraft stärken, indem sie Anpassungsfähigkeit und Zusammenhalt fördert und so die Grundlage für gemeinschaftliches Handeln schafft⁴⁹. Andererseits haben Studien umgekehrt festgestellt, dass eine negative Wahrnehmung von Veränderungen Unsicherheiten und Stress verstärken, was wiederum die kollektive Handlungsfähigkeit einschränkt⁵⁰. Um ein positives Narrativ rund um Transformationsprozesse zu schaffen, welche den Gemeinschaftssinn und das Vertrauen stärken, können also emotionale Diskurse mit einer sozialen Kohäsion fördernd sein⁵¹.

Für die Teilnehmenden unserer Befragungen definiert sich **Selbstwirksamkeit** insbesondere durch die Möglichkeit, durch individuelles Handeln zu Veränderungen beitragen zu können, wobei der Politik eine entscheidende Rolle als verantwortlicher Gestalter guter Rahmenbedingungen zugeschrieben wird. Aber auch die finanzielle Situation spielt eine Rolle: Tendenziell scheint es leichter zu fallen, Wandel offen gegenüberzustehen, wenn die eigene **finanzielle Situation** eine gewisse Flexibilität erlaubt (vgl. These 2:

Veränderungsbereit ist, wer sich seines sozialen und materiellen Status sicher ist). Im Spannungsfeld aus Top-down Vorgaben und Selbstwirksamkeit sehen wir also, dass Veränderungsbereitschaft von beiden Polen des Wandels abhängig ist. Ein Fokusgruppenteilnehmer beschrieb es so: „*Für Veränderungsbereitschaft braucht es Vertrauen: in die Umgebung und die Region, das Unterstützungssystem des Staates, aber auch das persönliche Umfeld aus Freunden und Familie, und in die eigene Handlungsfähigkeit.*“⁵²

Zusätzlich zum Vertrauen in Politik, dem sozialen Umfeld und dem individuellen Handeln ist Veränderungsbereitschaft auch stark abhängig von **persönlich gemachten Erfahrungen**. Die Befragten führten mehrfach an, dass die seit vielen Jahren anhaltende, inzwischen als permanent empfundene Krise zu **Machtlosigkeit** und einem Gefühl der **Entwertung eigener Leistungen** führe. Dieser „*depressiven Grundstimmung*“⁵³, wie sie in der Fokusgruppe genannt wurde, hätten keine der bisherigen staatlichen Interventionen, Förderprogramme oder Vorgaben eine spürbare Veränderung zum Besseren entgegensetzen können. Ähnlich wie in These 2, spielt die historische Dimension ebenfalls eine Rolle: So gaben 71% der Befragten an, die Erfahrungen der Wende- und Nachwendezeit

46 Eigene Erhebung, Fokusgruppe vom 08.08.2024.

47 Ebd.

48 Foken, I. (2016).

49 Bec et al. (2018).

50 Ebd.

51 Zubrzycka-Czarnecka, A. (2024).

52 Eigene Erhebung, Fokusgruppe vom 08.08.2024.

53 Eigene Erhebung, Fokusgruppe vom 08.08.2024.

seien hinderlich oder eher störend für die aktuell anstehenden Veränderungsnotwendigkeiten. Aus den Kommentaren zu dieser Frage wird deutlich, dass Erfahrungen wie Arbeitsplatzverlust, die Abwicklung von Betrieben durch die Treuhand sowie ein Mangel an Anerkennung für die Lebensleistung bei vielen das Vertrauen in die politische Steuerungsfähigkeit und die eigene Wirksamkeit nachhaltig geschwächt haben.⁵⁴

Hinzu kommt, dass die multiplen Krisen der vergangenen Jahre – Klima, Covid-19 und Inflation – das Vertrauen in die eigene Selbstwirksamkeit, aber auch in die **Lösungskompetenz des Staates** weiter erodieren haben lassen. Studien, vor allem einige aus der Zeit der Covid-19 Pandemie, deuten darauf hin, dass staatliche Institutionen nur dann gestärkt aus Krisen hervorgehen, wenn die ergriffenen Maßnahmen positive Veränderungen bewirkt haben⁵⁵. Wenn die Maßnahmen zu einer raschen Beendigung der Krise beitragen, bieten Krisen das Potenzial zur Veränderungskompetenz, das Vertrauen in öffentliche Institutionen und die Selbstwirksamkeit kann steigen. Bringen vorgegebene Veränderungen positive Resultate, erhöht sich in der Folge auch die Akzeptanz für kriseninduzierten Wandel und Menschen fühlen sich handlungsfähig im Rahmen der politischen Vorgaben.

Unsere Ergebnisse deuten allerdings in eine andere Richtung. In dem vorliegenden Fall scheint es vielmehr so zu sein, dass insbesondere bei andauernden Krisen ohne sichtbare positive Veränderungen oder ein absehbares Ende, bei Bürgern tradierte Gefühle der Machtlosigkeit entstehen, die den Glauben an die politische Problemlösungskompetenz sowie **das Vertrauen in gerechte und partizipative Vorgaben** nachhaltig schwächen können. Im Ergebnis sinkt auch die Bereitschaft, sich auf Veränderungen und Wandel einzulassen.

Erkenntnisse Kompakt

Zusammenfassend waren sich die Befragten weitestgehend einig, dass die selbstbestimmte **Entscheidung für Veränderung** die Bereitschaft erhöht, dieser Veränderung positiv gegenüberzustehen. Im Umkehrschluss führen externe Vorgaben, sich verändern zu müssen (Top-down Entscheidungen), eher zu Skepsis gegenüber den vorgegebenen Veränderungen. Gleichzeitig gaben die Befragten an, dass es politische und wirtschaftliche Vorgaben braucht, um die Richtung der anstehenden Veränderungen zu umreißen. Diese Rahmenbedingungen jedoch müssten sich wiederum an der Lebensrealität der Bevölkerung orientieren, um deren Eigenmotivation zu steigern. Es scheint also, als würde das größte Veränderungspotenzial aus dem gezielten und abgestimmten Zusammenwirken von Top-down Vorgaben und Bottom-up Eigenmotivation entstehen.

Auf der Top-down Seite sind damit **politische Steuerung** und verlässliche Richtungsweisungen mit partizipativ erreichter Zielsetzung eine essenzielle Voraussetzung für Veränderungsbereitschaft. Letzteres indiziert, dass jede Richtungsvorgabe Gefahr läuft, als Bevormundung und damit als veränderungshemmend empfunden zu werden. Umgehen lässt sich diese Gefahr, indem die Richtungs- bzw. Zielvorgabe unter Berücksichtigung der Belange der Bevölkerung und somit durch einen partizipativen Bottom-up Prozess erarbeitet wird. Auf der Bottom-up Seite sind Selbstwirksamkeit und Veränderungsbereitschaft zudem in hohem Maße abhängig von individueller finanzieller Stabilität, den Möglichkeiten zur Partizipation, sowie integrativen politischen Prozessen.

Eine mögliche Interpretation dieser Tendenzen zeigt, dass Veränderungsbereitschaft zumindest insoweit politisch beeinflusst werden kann, als dass Möglichkeiten zur Mitbestimmung geschaffen und formalisiert werden, sowie eine **sozial faire Verteilung der Kosten der Veränderungsnotwendigkeiten** sichergestellt wird. Dazu gehört auch die Art und Weise, wie anstehende oder laufende Top-down Veränderungsanforderungen kommuniziert und ihre potenziell aversiven Konsequenzen dargelegt

⁵⁴ Eigene Erhebung, Umfrage.

⁵⁵ Gold, R & Lehr, J. (2024).

werden. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass politische Steuerung als essenziell für den Wandel wahrgenommen wird, jedoch an klare, verlässliche Rahmenbedingungen und eine stärkere Einbeziehung der Bevölkerung geknüpft ist. Vertrauen in die Politik, finanzielle Stabilität und die Möglichkeit zur Partizipation sind zentrale Faktoren für die Bereitschaft, sich aktiv an Veränderungen zu beteiligen.

4.2 These 2: Veränderungsbereit ist, wer sich seines sozialen und materiellen Status sicher ist

Wir sehen, wie eng materielle Sicherheit, soziale Gerechtigkeit und persönliche Erfahrungen miteinander verwoben sind. Wer sich in seinem Status gefestigt fühlt, geht neue Wege oft selbstbewusster an. Andere hingegen haben – zum Beispiel nach der Wende in Ostdeutschland – bereits so viele Umbrüche erlebt, dass sie heute Stabilität in den Vordergrund stellen. Für manche steht dabei die Frage im Raum, ob die Zukunft überhaupt planbar ist. Gleichzeitig begegnen vor allem jüngere Generationen anstehenden Veränderungen oft mit Offenheit und Zuversicht.

Was genau lässt die Menschen hier in Südwestsachsen Veränderungen als Chance wahrnehmen, und wann werden Umbrüche eher als Risiko empfunden?

Für die Betrachtung der These „Veränderungsbereit ist, wer sich seines sozialen und materiellen Status sicher ist“ wurden die Datensätze aus den Umfragen, der Fokusgruppe als auch der Literaturanalyse berücksichtigt. Die These betrachtet die Abhängigkeit von Veränderungsbereitschaft mit dem **gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Kontext, in dem sich Individuen und Regionen befinden**. Veränderungsbereitschaft ist jedoch nur bedingt generalisierbar, da unsere Studie auch aufzeigt, dass ein subjektives Sicherheitsempfinden in Bezug auf den eigenen sozioökonomischen Status eng mit ihr verknüpft ist.

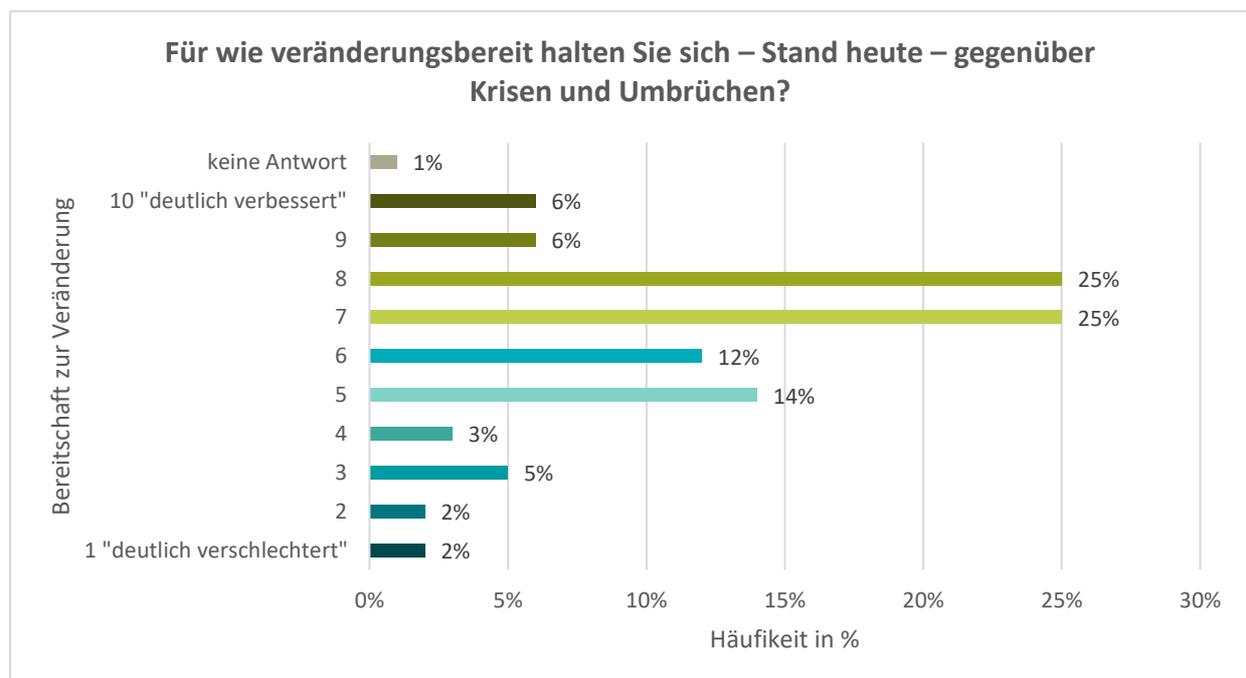


Abbildung 5: Aktuelle Veränderungsbereitschaft der Bürger

In Abbildung 5 wird deutlich, dass sich die Umfrageteilnehmenden grundsätzlich als **mittelmäßig veränderungsbereit** einstufen (Mittelwert 5,9), wobei der Wert 1 „gar nicht veränderungsbereit“ indiziert und die Angabe 10 „sehr veränderungsbereit“ bedeutet.

Allerdings weist Abbildung 6 darauf hin, dass sich diese grundsätzliche Veränderungsbereitschaft in den vergangenen Jahren **eher verschlechtert** hat (Mittelwert 4,7), wobei der Wert 1 „deutlich verschlechtert“ und Wert 10 „deutlich verbessert“ indiziert. Als wichtigsten Grund für diese Entwicklung gaben die Befragten an, ihre persönliche Situation – ob finanziell, gesundheitlich oder familiär – habe sich zum Negativen entwickelt. Hinsichtlich der Altersgruppe und des Geschlechts gibt es keine Besonderheiten, sodass die Aussagen als übertragbar angesehen werden können.

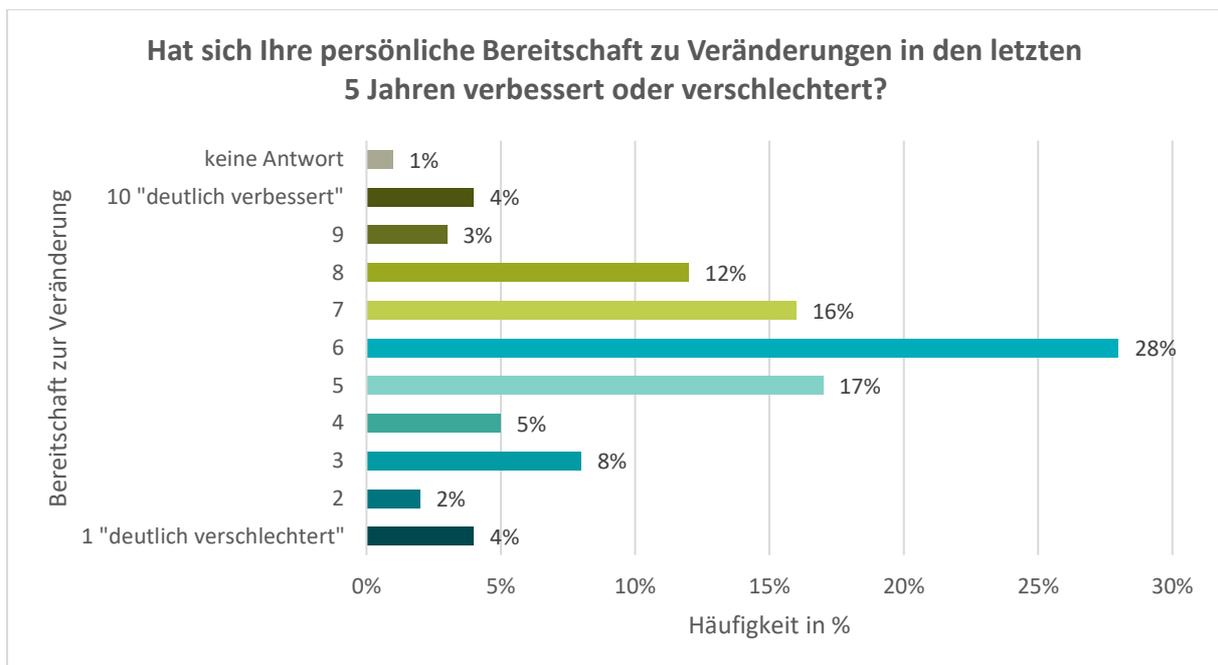


Abbildung 6: Bereitschaft zu Veränderungen in den letzten 5 Jahren

Aufschluss bezüglich des subjektiven Sicherheitsgefühls und Veränderungsbereitschaft gaben hier die Antworten und Freitextkommentare der Umfragen, in denen Bürger der Region die Gründe für ihre Selbsteinschätzung der Veränderungsbereitschaft darlegten. Beispielsweise wurde die persönliche Veränderungsbereitschaft mit der eigenen **finanziellen Lage** begründet: „*Ich bin finanziell in der Lage Krisen und Umbrüche abzufedern. Ist dies nicht mehr der Fall, sinkt dazu meine Bereitschaft, diese zu akzeptieren*“.⁵⁶ Dieser Kommentar stammt von einem Mann aus der Altersgruppe 31-40 mit einem Hochschulabschluss, der sich selbst ein hohes Maß an Veränderungsbereitschaft zuschrieb. Insgesamt begründete ein Großteil der Freitextantwortenden verschiedenen Alters und Geschlechts die eigene Veränderungsbereitschaft mit seiner materiellen bzw. finanziell abgesicherten Lage.

Eine vergleichbare Tendenz zeigte sich auch in der Fokusgruppe: „*Es läuft doch auf die Frage hinaus: Auf welche wirtschaftliche, vielleicht auch soziale Situation trifft Veränderung? Wie bin ich abgesichert, ist meine Existenz sicher?*“.⁵⁷ Hier wird deutlich, dass sich ein Sicherheitsgefühl nicht allein durch finanzielle Aspekte, wie z.B. Einkommen oder Vermögen kennzeichnet. Vielmehr waren sich die Teilnehmenden weitgehend einig, dass die Kernvoraussetzung für Veränderungsbereitschaft in einer **gesicherten sozialen Stellung** liegt. Dabei ist es nicht zwingend erforderlich, dass der eigene Status ausschließlich vom Individuum selbst gesichert wird.

⁵⁶ Eigene Erhebung, Umfrage.

⁵⁷ Eigene Erhebung, Fokusgruppe vom 08.08.2024.

„Veränderung kann ein Risiko sein: [...]. Es ist doch klar, dass in einer Situation, in der ich meine Miete nicht zahlen kann, ich nicht risikobereit bin. Da gibt es dann entweder die Unterstützung vom Staat, in die man vertrauen kann, oder eben nicht. Und wenn man selbst wenig hat und auch sieht, die Grundbedürfnisse werden nicht von anderswo gedeckt, klar glaubt man nicht daran, dass es gut wird.“⁵⁸

Wie dieses Zitat betont, können auch staatliche und gesellschaftliche Akteure einen Beitrag zur Veränderungsbereitschaft leisten. Indem zum Beispiel **staatliche Transferleistungen** einen Zugang zu **Grundbedürfnissen** wie Wohnen, Nahrung, Bildung oder Gesundheitsversorgung sicherstellen, werden Bürger befähigt, Veränderungen mit dem notwendigen Maß an Sicherheit im eigenen sozialen und materiellen Status zu begegnen. Die Fachliteratur zum Thema nennt hier beispielsweise die Einrichtungen der **Daseinsvorsorge**, wie Ärzte, Banken oder Bildungseinrichtungen, sowie deren Erreichbarkeit und die infrastrukturellen Einrichtungen, welche zur Gewährleistung gleichwertiger Lebensverhältnisse in den Teilräumen der Bundesrepublik beitragen⁵⁹.

Der im Zitat angeführte Verweis auf die Fähigkeit, Miete zu zahlen, wurde im späteren Diskussionsverlauf in der Fokusgruppe erneut aufgegriffen. Um auf soziale und materielle Unterschiede hinzuweisen, führte ein Bürger an, dass es relevant sei, ob Veränderung dazu führe, dass man nicht mehr in den Urlaub fahren oder seine Miete nicht mehr zahlen könne. Obgleich nicht alle Teilnehmenden dieser Unterscheidung zustimmten, wurde doch offensichtlich, dass das verbindende Element beider Aussagen die Sorge vor dem Verlust von Privilegien sowie sozialer und materieller Stellung ist. Veränderungen – speziell solche, für die man sich nicht aktiv selbst entschieden hat – seien besonders dann unwillkommen, wenn sie dazu in der Lage sind, den eigenen Status zu bedrohen.

Diese **Sorge vor Wohlstandsverlust**, kombiniert mit dem Wunsch nach einer Absicherung der Grundbedürfnisse, zieht sich durch alle Bevölkerungs- und Altersschichten unserer Befragten. Besonders relevant ist hier der historische Kontext, in dem diese Wünsche artikuliert wurden: *„In der DDR waren die Grundbedürfnisse eines jeden – Wohnung, Arbeit, Bildung, Ernährung – gedeckt. Es war ein Schock für viele nach der Wende, dass die wirtschaftliche Situation so unsicher werden kann, dass Grundbedürfnisse nicht mehr gedeckt sind“⁶⁰*, kommentierte beispielsweise ein Umfrageteilnehmer. In der Fokusgruppe wurden die Teilnehmer deutlicher: *„Zum Teil ist [die Angst vor Besitzstandsverlust] ein Ergebnis der Wendeerfahrung – die Leute haben ihre gesellschaftliche Stellung, ihren Job, im Prinzip ihr Leben verloren. Das trägt nach“⁶¹*. Der **historische Vergleich** zeigt, dass insbesondere die Erfahrung in der DDR noch heute relevant für die Wahrnehmung einiger Befragten zu sein scheint.

In diesem Sinne korrelieren die Ergebnisse unserer Erhebungen mit denen relevanter Fachliteratur, die besagt, dass besonders in Regionen mit unsicherer wirtschaftlicher Lage das Risiko, Veränderung zu wagen, oft als zu groß empfunden wird⁶². Tatsächlich ist es aus makroökonomischer Sicht wahr, dass **ostdeutsche Bürger generell strukturell schlechter gestellt** sind⁶³: Sie besitzen seltener eigene Häuser und Wohnungen, haben im Durchschnitt ein geringeres Jahreseinkommen und daher geringere Kaufkraft. Auch sind sie seltener in den Führungsebenen von Großunternehmen oder in hohen Beamtenpositionen vertreten, bekommen im Bundesvergleich unterdurchschnittlich wenig Rente, verdienen weniger Lohn für gleiche Arbeit und beziehen häufiger Bürgergeld⁶⁴.

58 Eigene Erhebung, Fokusgruppe vom 08.08.2024.

59 Gold, R. & Lehr, J. (2024)

60 Eigene Erhebung, Umfrage.

61 Eigene Erhebung, Fokusgruppe vom 08.08.2024

62 Institut der Deutschen Wirtschaft (2024).

63 Vgl. z.B. Keim-Klärner, S. (2021).

64 Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2024).

Der politische Systemwechsel hat für die Menschen in Ostdeutschland hinsichtlich finanzieller und sozialer Absicherung einen tiefgreifenden Wandlungsprozess ausgelöst. Die Sicherstellung von Grundbedürfnissen war in der DDR eine Selbstverständlichkeit, welche durch die Unsicherheit der Wende- und Nachwendezeit verloren gegangen ist. Der „subjektiven Wahrnehmung des anhaltenden Abgehängt-Seins vieler Ostdeutscher“⁶⁵ kann also zumindest in Bezug auf soziale Sicherungssysteme eine real existierende, materielle Schlechterstellung attestiert werden. Unsere Ergebnisse deuten in eine ähnliche Richtung, indem sie das subjektive **Gefühl, abgehängt zu sein**, in einen Zusammenhang mit der verringerten Veränderungsbereitschaft setzen⁶⁶. Auch die volatile Situation der Automobilbranche in der Region untermauert diese Gefühlsstruktur empirisch⁶⁷.

Aufgrund dieses Zusammenhangs wirkt es wenig verwunderlich, dass die meisten Bürger einen Großteil der **Verantwortung für die Gestaltung des Wandels** in den Händen der Bundes- und Regionalpolitik sowie der Wirtschaft sehen (vgl. These 1). Jedoch sollte diese Zuschreibung nicht als Negierung der **Eigenverantwortung** verstanden werden. So verwiesen Bürger beispielsweise auf die aktuelle Inflationsrate, die kaum aus Chemnitz zu beeinflussen sei, und betonten, dass die globale Wertschöpfungskette leider nicht mit betrieblichen Beteiligungs- und Mitbestimmungsformaten zu verändern wäre. Die Zuschreibung der Verantwortung auf Politik und Wirtschaft unterstreicht also die **Limitierung bürgereigener Handlungsfähigkeit** in Anbetracht einer komplexen **geopolitischen Gesamtlage** und verortet die Verantwortung für eine soziale und materielle Sicherheit der Bürger in den Händen staatlicher und wirtschaftlicher Akteure.

Unsere Ergebnisse bestätigen verschiedene Erhebungen der letzten Jahre, die zeigen, dass eine **sozial gerechte Gesellschaftsordnung** mit geringen sozialen und wirtschaftlichen Unterschieden die **Widerstandsfähigkeit** einer Gesellschaft stärkt. Diese Studien belegen, dass Veränderungen in Regionen und Ländern mit geringen Einkommensunterschieden auf eine stabilere und veränderungsbereitere Gesellschaft treffen⁶⁸. So weisen soziologische Forschungen der letzten Jahre nach, dass staatliche Leistungen wie Sozialtransfers, die zu ausgeglicheneren Lebensstandards in verschiedenen Milieus beitragen, sowie Investitionen in regionale Lebensqualität und Infrastruktur das Vertrauen in staatliche Akteure und damit in deren Problemlösungskompetenz signifikant erhöhen⁶⁹. Infolge dieses Vertrauens entsteht unter anderem ein Glaube an eine positive Gestaltung des Wandels. Wo dieses Vertrauen fehlt, mangelt es auch an positiven Einstellungen gegenüber Veränderungen⁷⁰.

Aufbauend auf einer sozial gerechten Gesellschaftsordnung identifizieren Studien weitere, eher weiche Faktoren, die zur Resilienz einer Region beitragen. Zum einen kann ein stark ausgeprägtes soziales Miteinander, etwa durch Solidarität und Nachbarschaftshilfe, die Widerstandsfähigkeit stärken. Zum anderen spielen latente Indikatoren wie die Lebensqualität der Bewohner einer Region sowie der Zugang zu Gemeinschaftsgütern wie Bildung, Naherholung und Daseinsvorsorge eine entscheidende Rolle für die Veränderungsbereitschaft.⁷¹

Neben der Bereitschaft für Veränderungen, der Sicherheit im materiellen und sozialen Status und einer sozial gerechten Gesellschaftsordnung ist ein weiterer Faktor für Veränderungsbereitschaft die **Lebensphase**. In der Umfrage lässt sich eine deutliche Korrelation zwischen einer abnehmenden Veränderungsbereitschaft und zunehmendem Alter feststellen. Sind Bürger in der Altersgruppe unter 40 Jahren noch mit einer durchschnittlichen Veränderungsbereitschaft von 7 Punkten vertreten, nimmt diese Bereitschaft mit steigendem Alter ab. Bürger aus der Altersgruppe 60 plus weisen nur noch eine

65 Gold, R. & Lehr, J. (2024).

66 Rodríguez-Pose, A. (2018).

67 Imreg & ITAS (2024).

68 Ebd.

68 Volkmann, A. (2018).

69 Gold, R. & Lehr, J. (2024).

70 Vgl. Adler, F. (2024); Staab, P. (2021).

71 Endreß, M. & Rampp, B. (2022).

durchschnittliche Veränderungsbereitschaft von 4 auf. Diese Selbsteinschätzungen werden damit begründet, dass jüngere Menschen von einem geringeren Bedürfnis nach materieller Absicherung berichteten. Stattdessen steht in dieser Altersgruppe die Lust, Neues zu wagen, etwa durch Jobwechsel oder Umzüge im Vordergrund. Mit zunehmendem Alter und steigenden familiären, gesundheitlichen und beruflichen Verpflichtungen sinkt diese Bereitschaft kontinuierlich. Die Priorität scheint sich hin zu Stabilität und Absicherung für das Alter zu verschieben, was wiederum die Flexibilität und Offenheit für Veränderungen einschränkt.

Studien in der Psychologie und Sozialwissenschaft belegen, dass jüngere Menschen im Durchschnitt veränderungsbereiter sind als Ältere, weshalb diese Erkenntnisse kaum überraschen⁷². Jedoch zeigt sich in der Region Chemnitz/Südwestsachsen auch eine Begründung für diese Tendenz, die im bundesweiten Vergleich kaum vorkommt: die bereits **gemeisterte Transformation der Wende- und Nachwendezeit** und ihre bis in die Gegenwart reichenden Auswirkungen. Wie bereits in Bezug auf die Absicherung von Grundbedürfnissen angeführt, spielt die DDR und Nachwenderfahrung vor allen in den Alterskohorten, die diese Erfahrung miterlebt haben, eine wesentliche Rolle bei der Erwartungsbildung. Hinzu kommt, dass die Region Chemnitz/Südwestsachsen mit einem Altenquotienten von 52 das Schlusslicht in Deutschland bildet: Auf 100 Erwerbstätige kommen 52 Personen über 65 Jahre⁷³. Damit hat die Region im bundesweiten Vergleich den höchsten Altersdurchschnitt.

Überwiegend artikulierten die Befragten eine Veränderungs- und Anpassungsmüdigkeit, die sie auf die vielen, bereits vorgenommenen Veränderungen zurückführen: „*Ich habe bereits genug Transformation in meinem Leben gehabt*“ und „*erst DDR, dann Wende, dann Umschulung, jetzt E-Mobilität - ich kann nicht mehr*“⁷⁴, sind gängige Aussagen aus den Umfragen. Zwar gibt es auch einige Ausnahmen, die ihre persönlich hohe Veränderungsbereitschaft in Teilen auf die Wendeerfahrung zurückführen, doch stehen diese wenigen Aussagen den **Veränderungsmüden** über alle unsere Erhebungen hinweg in einem Verhältnis von fünf zu eins gegenüber⁷⁵. Gängige Annahmen, die Ostdeutschland aufgrund der bereits gemeisterten Transformation der Wende eine besondere **Veränderungsaffinität**⁷⁶ unterstellen, werden durch unsere Forschung jedoch nicht bestätigt.

Erkenntnisse Kompakt

Zusammenfassend zeigt sich, dass **Veränderungsbereitschaft maßgeblich von individuellen und gesellschaftlichen Faktoren** abhängig ist. Insbesondere die materielle Sicherheit spielt eine zentrale Rolle: Personen, die materiell abgesichert sind, zeigen eine höhere Bereitschaft, Veränderungen zu akzeptieren oder aktiv zu gestalten. Weiterhin wird deutlich, dass historische Erfahrungen, wie die Wendezeit in Ostdeutschland, bei vielen Befragten bis heute die Art und Weise prägen, wie sie Unsicherheit rezipieren und verarbeiten. Dies tritt umso stärker zutage, wenn Menschen glauben, sich nicht selbst für Veränderungen entschieden zu haben. Auch die Lebensphase scheint das Maß an Veränderungsbereitschaft zu bestimmen. Während jüngere Menschen oft risikofreudiger und flexibler sind, nimmt mit steigendem Alter die Bereitschaft zu Veränderung ab, da Stabilität und Absicherung zunehmend an Wichtigkeit gewinnen. Es scheint also, dass ein enger Zusammenhang zwischen Veränderungsbereitschaft, subjektiver Statussicherheit und den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen besteht, die zu sozialer und materieller Sicherheit beitragen können.

72 Reed, D. & Reedman, A. (2020).

73 Imreg & ITAS (2024).

74 Eigene Erhebungen, Umfragen.

75 Vgl. Eigene Erhebungen.

76 Vgl. Schulze, M. (2015).

Eine wahrscheinliche Interpretation dieser These legt nahe, dass Offenheit gegenüber Wandel durch sozio-ökonomische Sicherheit und soziale Gerechtigkeit gefördert wird, während Unsicherheit und Verlustängste sich hemmend auswirken können. Wenn dies zutrifft, spielen staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure eine entscheidende Rolle in der **Förderung von Veränderungsbereitschaft**, da sie die **Erfüllung essenzieller Grundbedürfnisse** der Bürger wie Wohnen, Bildung, bzw. Zugang zu diesen gewährleisten können. Weiterhin kommt auch wirtschaftlichen Akteuren insofern eine Rolle zu, als dass ein Weg, **materielle und soziale Sicherheit** zu gewährleisten, zum Beispiel darin liegt, Löhne und Gehälter an die Inflation und Lebenshaltungskosten anzupassen. Aus der oben angeführten Verantwortungszuschreibung für die Gestaltung des Wandels an Unternehmen und Politik können also konkrete **Handlungsempfehlungen** abgeleitet werden (vgl. Kapitel 3), wie diese Akteure zur Steigerung der Veränderungsbereitschaft der Bürger beitragen können.

4.3 These 3: Kommunikation ist der Schlüssel zur Akzeptanz von Veränderungen

Wir sehen, wie eng Kommunikation und die Bereitschaft zur Veränderung miteinander verbunden sind. Wer Informationen klar und nachvollziehbar vermittelt bekommt, entwickelt eher Vertrauen in Veränderungsprozesse. Besonders in Krisensituationen wird Kommunikation entscheidend, da sie Orientierung bieten und Gemeinschaft stärken kann. Dabei spielen die Medien eine wichtige Rolle, da sie durch die Auswahl und Darstellung von Themen die öffentliche Wahrnehmung maßgeblich beeinflussen.

Bei der dritten These steht die **Notwendigkeit der Kommunikation** sowie die Art und Weise, mit der Veränderungen kommuniziert werden, im Mittelpunkt. Die verwendeten Daten setzen sich zu ähnlichen Anteilen aus den gewonnenen Daten der Umfragen sowie der Fokusgruppe zusammen und werden wiederum punktuell mit Einblicken aus der Fachliteratur ergänzt. Die These legt den Zusammenhang zwischen Kommunikation, Akzeptanz und Veränderungsbereitschaft dar und postuliert, dass gelingender Wandel von einer produktiven, faktenbasierten und positiven Kommunikation abhängig ist.

Besonders in Krisenzeiten kann Kommunikation nicht nur Orientierung geben, sondern auch ein **Gemeinschaftsgefühl** erzeugen, das zur Bewältigung von Herausforderungen beiträgt. Im Rahmen unserer Umfragen wurde explizit die Rolle der Medien im Kontext von Transformationsprozessen und Veränderungsbereitschaft abgefragt. Grundsätzlich wird den Medien bei Transformationsprozessen eine wichtige Rolle zugeschrieben. Wie Abbildung 7 darlegt, sieht der Großteil der Bürger einen erhöhten Informations- und Thematisierungsbedarf zum Wandel in der Region: So findet die überwiegende Mehrheit der Befragten, die Medien sollten den anstehenden Strukturwandel stärker behandeln.

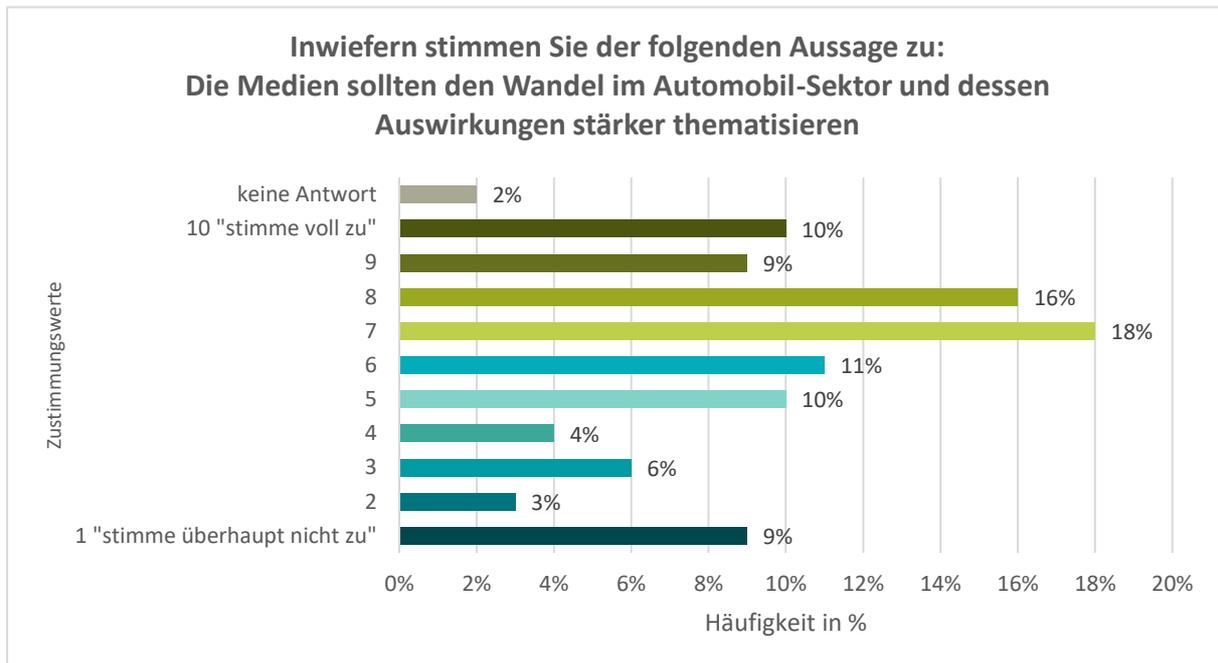


Abbildung 7: Rolle der Medien im Kontext des Wandels

Aus den Freitextantworten geht hervor, dass die **Medien insbesondere eine zentrale Funktion** bei der **Schaffung von Akzeptanz** für Veränderungen übernehmen. „Der Wandel ist nicht zuletzt auch von der Akzeptanz und der Wahrnehmung der aktuellen Zustände abhängig“ und „Menschen entscheiden sich für Wandel auf Basis der verfügbaren Informationen – wie diese präsentiert werden, mit welchem Ton, wie häufig usw. sind natürlich entscheidend“ sind nur einige der vielen Aussagen, die diesen Zusammenhang herstellen.⁷⁷ Inwiefern die Berichterstattung dieser Verantwortung nachkommt, wurde über alle Erhebungen hinweg kontrovers diskutiert.

Gleichzeitig übten viele Befragte auch ausgiebige **Kritik an der aktuellen Berichterstattung** in den Medien. Hauptsächlich thematisiert wird hier eine einseitige bzw. unsachlich gewichtete Themensetzung. Einige Befragten unterstellten den Medien beispielsweise eine ideologische Präferenz für E-Mobilität, während andere die Meinung äußerten, die Medien würden parteiisch oder politisch beeinflusst berichten. Gleichwohl betraf diese Einschätzung nur einen sehr kleinen Teil der Befragten: Weniger als fünf Prozent der Befragten empfanden die Medien als politisch gesteuert. Andere Bürger wiederum sahen das bewusste Setzen von Themen durchaus in Ordnung, da den Medien ihrer Meinung nach ein Bildungsauftrag zukommt. „Ich finde es schon okay, wenn positiv über E-Mobilität und Solar berichtet wird, selbst wenn es auch negative Beispiele gibt. Das müssen die Leute halt hören“⁷⁸, kommentierte beispielsweise ein Bürger in den Freitextantworten.

Diesen Einschätzungen scheint die Annahme zu Grunde zu liegen, Berichterstattung in den Medien könne das Bewusstsein für bestimmte Themen schärfen und somit die **öffentliche Diskussion** beeinflussen. Mit dieser Zuschreibung formulierten die Befragten eine bekannte Theorie der Medienforschung: das sogenannte „Agenda-Setting“⁷⁹. Definiert als das „Setzen oder Auslassen von Themen im medialen Diskurs“ beruht der Agenda-Setting-Ansatz auf zwei Grundannahmen: 1) Medien können die Realität in ihrer ganzen Komplexität nicht abbilden, sondern müssen selektieren, über

⁷⁷ Eigene Erhebungen, Umfrage.

⁷⁸ Ebd.

⁷⁹ McCombs, M. E. & Shaw, D. L. (1972).

welche Themen wie häufig und wie intensiv berichtet wird; 2) Die Häufigkeit, Platzierung und der Umfang der Berichterstattung vermitteln eine Vorstellung von der Wichtigkeit der Themen. Da unterschiedliche Medien nach den gleichen oder ähnlichen Auswahl- und Produktionsprinzipien arbeiten, entsteht ein relativ einheitliches Berichtsbild⁸⁰.

In diesem Ansatz wird den Medien also eine signifikante Macht zugesprochen, bestimmte Themen in das öffentliche Bewusstsein zu ziehen und damit die Wahrnehmung dieser Themen maßgeblich zu beeinflussen. Die Befragten bekräftigten diesen Ansatz größtenteils. Ein Teilnehmer der Fokusgruppe zum Beispiel merkte kritisch an: „*Gute Kommunikation ist ja schon deswegen schwer, weil Politiker und Medien immer irgendwie zusammenfassen müssen: Die können ja nicht das gesamte Gesetz vorlesen in der Tagesschau. Natürlich ist selektiv, was berichtet wird*“⁸¹. Es sollte aber auch erwähnt werden, dass **Agenda-Setting** als medientheoretischer Ansatz nicht unumstritten ist: Durch die digitale Transformation, soziale Medien und die Möglichkeiten der individualisierten Mediennutzung ist die Medienlandschaft deutlich komplexer und komplizierter geworden. Nachrichten- und Informationsflüsse sind nicht mehr eindimensional und verlaufen nicht mehr ausschließlich von oben aus den Medienhäusern auf den Bürger hinab. Vielmehr verlaufen Informationsflüsse zunehmend dynamisch-interaktiv, wobei immer mehr Inhalte nicht von Journalisten erstellt werden.⁸²

Was die positiven und negativen Kommentare zum Agenda-Setting in unseren Erhebungen eint, ist, dass sie genau auf diese Veränderungen in der Berichterstattung und die daraus resultierenden Herausforderungen hinweisen: Unabhängig davon, ob positiv oder negativ besetzt, wurde Agenda-Setting in beiden Fällen als „nicht objektiv“ wahrgenommen und dadurch als angreifbar empfunden. Die Auswertung der Freifeldtextfelder der Umfragen deutet auf eine eher **negative Wahrnehmung dieser Themensetzung** hin. In der Folge wurde ein Großteil der Medien dafür kritisiert, dass sie in die eine oder andere Richtung voreingenommen – also nicht neutral – berichten und dadurch die Akzeptanz für notwendige Veränderungen schwächen.

„*Die Frage [nach Veränderungsbereitschaft] ist also eine Frage der Kommunikation: Wie kommuniziere ich persönliche Vorteile; wie zeige ich positive Beispiele und Erfolgsgeschichten auf und überzeuge Menschen durch die Vorteile?*“⁸³ In diesem Zitat aus der Fokusgruppe wird deutlich, was über alle Erhebungen hinweg als ein Kernfaktor in der Schaffung von Veränderungsbereitschaft angesehen wurde: Die **Notwendigkeit, Menschen von Veränderungen zu überzeugen**; sie dazu zu bringen, an diesen teilhaben zu wollen und sich aktiv für sie zu entscheiden (vgl. These 2). Die Befragten waren sich weitestgehend einig, dass diese Überzeugungsarbeit vor allem durch positive Beispiele gelungener Transformation und eine unaufgeregte, faktenbasierte Berichterstattung zu erreichen ist.

Der **Wunsch nach Erfolgsgeschichten** und positiven Erzählungen von Veränderungsbereitschaft zeigte sich unter anderem in der wiederkehrenden Frage nach Beispielen von erfolgreicher Transformation in anderen Regionen und Ländern, die sowohl in den Umfragen als auch der Fokusgruppe aufkam. Gleichzeitig waren sich die Befragten aber auch einig, dass es *auch* Aufgabe der Medien sei, Missstände aufzuzeigen. „*Der Bericht ‚Gesetz xy läuft übrigens super‘ sind halt keine Neuigkeiten, stimmt. Also werden Aufreger berichtet; was alles nicht funktioniert. Das liegt in der Natur der Sache. Dabei wäre ein positives Narrativ so essenziell*“⁸⁴, merkte zum Beispiel ein Teilnehmer der Fokusgruppe an. Diese Aussage legt nahe, dass positiven Erfolgsgeschichten und konstruktivem Journalismus eine größere Wirkung zugeschrieben wird als negativen. In der Tat gilt es in der Psychologie als erwiesen, dass, um

80 Unz, D. (2016).

81 Eigene Erhebungen, Fokusgruppe vom 08.08.2024.

82 Gleich, M. (2019).

83 Eigene Erhebung, Fokusgruppe vom 08.08.2024.

84 Ebd.

von fraglichen Veränderungen zu überzeugen, der argumentative Fokus auf persönliche Vorteile sowie bereits gelungene, vergleichbare Veränderungen gelegt werden sollte⁸⁵.

In Bezug auf den Ton der Berichterstattung zeigte sich, dass eine **sachliche, positive und lösungsorientierte Reportage** als veränderungsfördernd angesehen wird, während reißerische, alarmistische Berichterstattung die Akzeptanz für Veränderungen zu hemmen scheint. Zum einen wiederholten Befragte den Wunsch nach einer nachvollziehbaren Belegung von Aussagen in den Medien mit Statistiken, Studien und Analysen: „*Aufklärung mit Fakten und Belegen sind am wichtigsten, um Akzeptanz zu sähen*“⁸⁶ ist einer von vielen Kommentaren aus den Umfragen, die diese Richtung andeuten. Gleichzeitig sind sich die Befragten auch bewusst, dass nicht zwangsweise jeder mit Fakten überzeugt werden kann. „*Aufklärungsbedarf für Unwissende ist notwendig, um Veränderung anzustreben. Es sei denn, jemand beharrt auf seiner Unwissenheit - zwingen kann man keinen*“⁸⁷, kommentierte ein Bürger.

Zum anderen wurde insbesondere in der Fokusgruppe die **Gefahr reißerischer Berichterstattung** intensiv diskutiert. Zwei Beispiele fanden Erwähnung: Die Krisenkommunikationen zu Zeiten der Covid-19 Pandemie und die Berichterstattung über das Heizungsgesetz. Zur Pandemie merkte eine Befragte an:

*„Am Anfang war das schon stark, das hat mich echt angefasst: Ich habe gedacht ‚hey schau mal, wir kriegen das doch hin als Gesellschaft‘ – alle an einem Strang ziehen, den Zusammenhalt stärken, indem eine Marschrichtung vorgegeben wird und alle halten sich dran. Das Problem kam eigentlich erst, als dann die vorsichtigen Lockerungen kamen; Die einen durften, die anderen nicht und es war nie so richtig klar, warum eigentlich. Die mangelnde Einheitlichkeit hat dann zu Ressentiments unter den Leuten geführt.“*⁸⁸

Wie wir dieser Aussage entnehmen können, hat sich eine zunächst einheitliche und alle einschließende Kommunikation im Verlauf der Pandemie geändert. Unklarheiten hinsichtlich der Maßnahmen und Intransparenz in der Entscheidungsfindung haben zu Widerständen, Frustration und Misstrauen geführt. Im weiteren Verlauf der Diskussion wurde deutlich, dass die Teilnehmenden vor allem eine **inkonsistente Kommunikation als hemmenden Faktor** für die Akzeptanz der Maßnahmen während der Pandemie ansehen. Dazu kommt, dass die getroffenen Maßnahmen verschiedene Bevölkerungsgruppen uneinheitlich stark beeinflusst bzw. eingeschränkt haben, was „Ressentiments“ produziert hat. Dieses Thema bringt uns zurück zu Veränderungsbereitschaft, die durch einheitliche Regeln für alle und eine möglichst sozial gerechte Verteilung der resultierenden Belastungen gestärkt werden kann (vgl. These 2).

In der Fokusgruppe wurde das sogenannte Heizungsgesetz als Negativbeispiel für die mediale Wiedergabe von Gesetzesänderungen angeführt: „*Diskutieren wir in Verboten und auf Basis aufregender Schlagzeilen wie ‚der Habeck nimmt mir meine Heizung weg‘ führt das logischerweise dazu, dass die Leute dagegen sind*“⁸⁹. In der Tat gibt es in der aktuellen Legislatur kein Gesetz, das den Titel „Heizungsgesetz“ trägt: der Name ist eine reine mediale Titulierung. Wohl aber gibt es ein Gebäudeenergiegesetz, dessen Vorgaben sich zum Teil mit der Verwendung fossiler Brennstoffe zur Erwärmung von Wohngebäuden befassen.

In der Folge wandte sich die Diskussion innerhalb der Fokusgruppe stärker dem Thema der **Beteiligung** zu, welches in der Wahrnehmung der Teilnehmenden stark von Kommunikation abhängig ist. Die

⁸⁵ Naughton, C. & Wortmann, A. (2024).

⁸⁶ Eigene Erhebung, Fokusgruppe vom 08.08.2024

⁸⁷ Ebd.

⁸⁸ Ebd.

⁸⁹ Ebd.

Einbindung der Bürger und ihrer Perspektiven scheinen in Folge dessen entscheidende Faktoren für Akzeptanz und Veränderungsbereitschaft zu sein (vgl. Thesen 1 und 2). Hierzu äußerte sich eine Teilnehmerin: „*Klarheit braucht es: raufschauen und sagen, welche Verbesserung gilt es zu erzielen und wie kommen wir dahin*“⁹⁰. Auch im Kontext von Bürgerbeteiligung scheint transparente und klare Kommunikation sich positiv auszuwirken. Ein anderer Teilnehmer der Fokusgruppe berichtete sehr plastisch von einem Positivbeispiel im Zusammenhang mit kommunalen Bebauungsplänen: „*Da wurden Informationen super aufbereitet und es wurde alles erklärt. Nur Pläne auslegen und keine Erklärung oder Gespräch dazu anbieten, macht keinen Sinn*“. Eine wahrscheinliche Interpretation dieser Aussagen legt nahe, dass eine durchdachte Kommunikation einen wichtigen Beitrag zu erfolgreicher Partizipation leisten kann. Eine **Kernvoraussetzung für erfolgreiche Bürgerbeteiligung** scheint zu sein, dass Informationen und Fakten klar, sachlich und verständlich aufbereitet werden.

Ein Randthema innerhalb dieser These ist die laufende **Veränderung der Mediennutzung** und der Nachrichtenkanäle. So merkte beispielsweise ein Befragter an, Printmedien würden nicht mehr genügend Menschen erreichen, da junge Leute eher online unterwegs seien. Daraus erschließe sich nach Meinung eines anderen Befragten die Notwendigkeit, Veränderungskommunikation auch in die digitale Welt zu tragen. In diesem Sinne bestätigen unsere Erhebungen die Ergebnisse verschiedener Forschungen aus den letzten Jahren, welche zeigen, dass die Nutzung digitaler Informationskanäle und sozialer Medien, insbesondere unter jüngeren Menschen, eine vorherrschende Stellung einnimmt⁹¹. Diese Studien legen nahe, dass der zunehmende Konsum digitaler und individualisierter Medien parallel zu einem Rückgang der Reichweite klassischer Printmedien führt⁹². Diese Entwicklung hat zur Konsequenz, dass, um weiterhin einen Großteil der Bürger zu erreichen, es zunehmend und besonders in Transformationsprozessen erforderlich ist, digitale und moderne Informationsformate zu wählen.

Erkenntnisse Kompakt

In der Summe wird deutlich, dass Kommunikation eine zentrale Rolle in Transformations- und Krisenprozessen spielt, da sie maßgeblich zur **Akzeptanz des Wandels, zum Erkennen persönlicher Chancen und Vorteile und damit zur Förderung der selbstwirksamen Veränderungsbereitschaft** beiträgt. Auch von oben festgelegten Zielsetzungen (Top-down) einer Veränderung, wie in These 1 beschrieben, können durch eine gute Kommunikationsstrategie und angepasste Beteiligungsmöglichkeiten an Akzeptanz gewinnen. Im Zeitalter zunehmender Skepsis gegenüber etablierten Pressekanälen und einer steigenden Individualisierung des Medienkonsums im digitalen Raum braucht es jedoch auch innovative und moderne Formate, die über klassische Print- und Fernsehmedien hinausgehen, um die breite Bevölkerung zu erreichen.

Unsere Erhebungen zeigen, dass trotz berechtigter Kritik an den Agenda-Setting-Ansätzen verschiedener Medien die positive Kommunikation von Veränderungen Kernbestandteil für Veränderungsbereitschaft bleibt. Die Befragten sind sich weitestgehend einig, dass „gute“ Kommunikation **faktenbasierte, verständliche und transparente Informationen** vermittelt und dadurch ein gemeinsames Problemverständnis mit vergleichbaren, realistischen Lösungsszenarien geschaffen wird. Insbesondere in Krisensituationen stärkt eine auf sachliche und auf positive Narrative ausgerichtete Berichterstattung das **Vertrauen in die Handlungs- und Lösungskompetenz** relevanter Akteure und scheint damit auch einen Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt zu leisten. Inhaltliche Elemente wie Erfolgsgeschichten, konstruktive Vorschläge und persönliche Vorteile bieten zudem positive Identifikationsmöglichkeiten und scheinen die Bereitschaft zur Beteiligung und

⁹⁰ Eigene Erhebung, Fokusgruppe vom 08.08.2024

⁹¹ Kupferschmitt, T. & Müller, T. (2020).

⁹² BDVZ (2024).

Akzeptanz zu steigern. Insgesamt wird deutlich, dass die Art der Kommunikation mit darüber entscheidet, ob Veränderungsbereitschaft gefördert oder gehemmt wird.

5 Veränderungsbereitschaft stärken: Handlungsfelder und Empfehlungen

Um Veränderungsbereitschaft zu schaffen braucht es: klare politische und wirtschaftliche Zielvorgaben (Top-down), den Einbezug der Belange und Veränderungswillen der Bevölkerung (Bottom-up), stabile sozioökonomische Verhältnisse und eine positive Kommunikation, die persönliche Vorteile und Erfolgsgeschichten in den Vordergrund stellt. Im Folgenden betrachten wir diese Ergebnisse aus der Vogelperspektive und vor dem Hintergrund der Fragestellung, welche Handlungsoptionen und Bereiche sich aus diesen Ergebnissen für relevante Stakeholder aus Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft ableiten lassen. Wir identifizieren entsprechend drei Handlungsfelder und betrachten, welche Maßnahmen in jedem dieser Bereiche dazu beitragen können, die Veränderungsbereitschaft der Bevölkerung in der Region Chemnitz/Südwestsachsen zu erhalten und zu fördern. Die Datenbasis dieses Kapitels generiert sich aus den Ergebnissen unserer vorgenommenen Erhebungen, wird aber, wo notwendig, um Erkenntnisse aus der Fachöffentlichkeit und Wissenschaft ergänzt.

Eine Synthese aus den dargestellten drei Thesen zeigt, dass sowohl klare politische und wirtschaftliche Vorgaben von oben (Top-down) als auch der Einbezug der Belange und des Veränderungswillens der Bevölkerung (Bottom-up) entscheidend sind (vgl. These 1). Nur durch die **Kombination dieser Ansätze** kann ein umfassendes Verständnis für die Bedürfnisse der Menschen geschaffen werden, was wiederum die Akzeptanz und Unterstützung für notwendige Veränderungen fördert. Außerdem hat sich gezeigt, dass die sozio-ökonomische Situation, auf die Veränderung im privaten und gesamtgesellschaftlichen Kontext trifft, die Bereitschaft zum Wandel maßgeblich beeinflusst (vgl. These 2). Hinzu kommt, dass die Akzeptanz für und Bereitschaft zum Wandel in hohem Maße davon abhängig ist, wie anstehende Veränderungen kommuniziert werden. Zielgerichteter Kommunikation kommt damit eine zentrale Rolle zu, da sie nicht nur reine Informationen vermittelt, sondern auch positive Narrative schafft, die die Vorteile des Wandels verdeutlichen (vgl. These 3).

Aus diesen Erkenntnissen lassen sich **drei Bereiche ableiten, in denen Stakeholder aktiv werden können, um die Bereitschaft und die Akzeptanz für anstehende Veränderungen zu erhöhen**: die Verbesserung der sozio-ökonomischen Verhältnisse und Teilhabechancen mit dem Fokus auf die Schaffung gleichwertiger Zugänge zu beiden, die Förderung von Medienkompetenz, Bildung und Ausbildung, sowie die Entwicklung inklusiver, integrativer und innovativer Informations- und Beteiligungsformate. Diese Elemente zusammen bilden das Fundament für gelingende Veränderungs- und Strukturwandelprozesse. Da diese Handlungsfelder miteinander interagieren und ggf. mit Wechselwirkungen zu rechnen ist, erfordern einzelne Maßnahmen eine übergeordnete Koordination, die die sorgfältige Abstimmung zwischen verschiedenen Akteuren und Ebenen sicherstellt und ein strukturiertes Vorgehen garantiert, um so eine erfolgreiche Umsetzung zu gewährleisten.

5.1 Teilhabe und Beteiligung

Unsere Studie zeigt, dass viele Bürger politische Entscheidungen als „von oben herab“ empfinden und sich nicht ausreichend in Veränderungsprozesse eingebunden fühlen. Dies führt zu Skepsis und Widerstand gegenüber politisch initiierten Veränderungen. Eine zentrale Handlungsempfehlung ist daher die **frühzeitige und transparente Einbindung der betroffenen Bevölkerung** in

Entscheidungsprozesse. Dies kann durch regelmäßige Dialogformate, digitale Beteiligungsplattformen oder Bürgerforen erfolgen. Partizipation stärkt die Selbstwirksamkeit der Bürger und erhöht die Akzeptanz von Veränderungen, insbesondere wenn Entscheidungsprozesse nachvollziehbar und demokratisch legitimiert sind. Wirtschaftliche Akteure sollten ebenfalls stärker in die Entwicklung von Transformationsprozessen eingebunden werden, um praxistaugliche und realistische Rahmenbedingungen zu gewährleisten. Ziel muss es sein, politische und wirtschaftliche Leitlinien so zu gestalten, dass sie an den tatsächlichen Bedürfnissen der Bevölkerung ausgerichtet sind. Eine stärkere Berücksichtigung von Bürgeranliegen durch Befragungen oder Mitbestimmungsformate kann verhindern, dass Transformation als aufgezwungen oder lebensfremd wahrgenommen wird.

Die **partizipative Entscheidungsfindung durch stärkere Bürgerbeteiligung** führt zu einer starken Einbindung der Belange von Bürgern in politische Entscheidungsprozesse und fördert so Akzeptanz und Legitimität von Entscheidungen. Bürgerbeteiligung könnte also systematisch in politische Prozesse integriert werden. Zudem zeigt die einschlägige Forschung, dass Bürgerbeteiligungsverfahren, wie Bürgerkonferenzen und Bürgerräte, die Qualität demokratischer Entscheidungen erhöhen können⁹³.

Ein weiterer Faktor, der in unserer Studie zum Vorschein tritt, ist der Zusammenhang zwischen sozio-ökonomischem Status und Teilhabe am gesellschaftlichen und politischen Zeitgeschehen. Im Kontext der Umfrage scheinen hier zwei Aspekte eine Rolle zu spielen. Zum einen steigt die Akzeptanz für Veränderungen, je mehr Bürger das Gefühl haben, diese mitgestalten zu können. Zum anderen ist es wichtig, die durch Veränderungen hervorgerufenen **Belastungen gleichmäßig zu verteilen**, um die Bereitschaft zu fördern, diese in Kauf zu nehmen und aktiv an Veränderungsprozessen mitzuwirken.

Wie unsere Studie umfänglich darlegt, bilden die persönliche Situation – gekennzeichnet durch den sozialen und materiellen Status –, die Selbstwirksamkeit und die Akzeptanzbereitschaft für Veränderungen die Grundlage für die erfolgreiche Entwicklung gesellschaftlicher Resilienz. Eine resiliente Region besteht idealerweise aus vielen einzelnen resilienten Individuen. Gleichzeitig zeigt unsere Studie, dass die persönliche Widerstandskraft und Veränderungsbereitschaft in der Region aktuell eher abnimmt. Zur Förderung der individuellen Resilienz kann jedoch aktiv beigetragen werden: Zum einen haben die Ergebnisse unserer Studie gezeigt, dass Veränderungsbereitschaft stark mit sozialer und finanzieller Sicherheit zusammenhängt. Bürger, die sich materiell und sozial abgesichert fühlen, sind eher bereit, Veränderungen anzunehmen. In wirtschaftlich unsicheren Zeiten hingegen wächst die Angst vor Wohlstandsverlust, was zu Widerstand gegen Veränderungen führen kann. Diejenigen, die mit individuellen Herausforderungen kämpfen, reagieren zumeist zurückhaltender auf Veränderungen, da sie ihre Energie primär für die Bewältigung ihrer eigenen Situation und die Sicherung des eigenen Status aufwenden müssen.

Politische Maßnahmen sollten daher darauf abzielen, **soziale Absicherung als Grundlage für Veränderungsbereitschaft** zu stärken. Eine Möglichkeit liegt darin, soziale Sicherheit zu gewährleisten, indem der Zugang zu Gemeinschaftsgütern und bezahlbarem Wohnraum, Gesundheitsversorgung und Bildungsangeboten abgesichert wird. Besonders in strukturell schwächeren Regionen sollten gezielte wirtschaftliche Fördermaßnahmen geschaffen werden, um Unsicherheiten abzubauen. Unternehmen können durch faire Löhne, Weiterbildungsangebote und betrieblichen Wandel, der sozialverträglich gestaltet wird, zur Veränderungsbereitschaft ihrer Mitarbeitenden beitragen. Eine gerechte Lastenverteilung und transparente Kommunikation über soziale Ausgleichsmechanismen kann zudem das Vertrauen in politische Steuerungsfähigkeit stärken und die Sorge vor Veränderung reduzieren.

93 Nanz, P. & Leggewie, C. (2016).

5.2 Bildung, Ausbildung und Medienkompetenz

Ein zentraler Faktor für erfolgreiche Veränderungen ist die gezielte Förderung von Bildung und Weiterbildung. In unserer Studie werden die Themen Bildung und Ausbildung vor allem in Bezug auf die Rolle von Fachkräften, betrieblicher Ausbildung und Medienkompetenz diskutiert. Der Fachkräftemangel ist ein Aspekt, der der Realisierung ökonomischer Veränderungen im Wege steht. Die Ausbildungslandschaft der Region wird vor allem im Kontext des Technologiewechsels im Automobilssektor als Herausforderung gesehen. Ein zentrales Anliegen ist hier die Anpassung der Ausbildung an die sich verändernden Anforderungen der Industrie.

Insgesamt wird deutlich, dass ohne gezielte politische Maßnahmen und eine umfassende Reform der Ausbildungssysteme die ökonomischen Veränderungen nur schwer realisierbar sind. Ursächlich für diese Problematik wird innerhalb der Fokusgruppe das Bildungssystem identifiziert, welches auch daran scheitert, die notwendige Medienkompetenz für die Navigation in einem zunehmend personalisierten Nachrichten- und Medienwesen zu vermitteln. Auch bekräftigt die Entwicklung hin zu individualisiertem Medienkonsum die Notwendigkeit, besonders in Transformationsprozessen vermehrt **digitale und moderne Informationsformate** zu wählen, um weiterhin einen Großteil der Bürger zu erreichen⁹⁴.

In der Summe legt unsere Studie nahe, dass viele Menschen Veränderung skeptisch gegenüberstehen, weil sie befürchten, abgehängt zu werden. Dies betrifft sowohl digitale Kompetenzen als auch berufliche Qualifikationen in sich wandelnden Branchen. Politische und wirtschaftliche Akteure sollten daher verstärkt auf **Bildungsprogramme** setzen, die Menschen **gezielt auf neue Herausforderungen vorbereiten**. Dies kann durch staatlich geförderte Weiterbildungsmaßnahmen, betriebliche Umschulungen und lebenslanges Lernen unterstützt werden. Auch Unternehmen sollten durch Fortbildungsangebote sicherstellen, dass ihre Mitarbeitenden den Transformationsprozessen gewachsen sind. Besonders wichtig ist es, Bildungsangebote so zu gestalten, dass sie auch Menschen in prekären Beschäftigungsverhältnissen oder mit geringer formaler Qualifikation erreichen. Andererseits kann auch die wirtschaftliche Ansiedlung von Hochlohnberufen, wie beispielsweise im Bereich Forschung und Entwicklung, die finanzielle Stabilität von Arbeitnehmenden erhöhen⁹⁵.

In der Volkswirtschaftslehre wird hervorgehoben, dass Bildung ein Schlüssel zur erfolgreichen Bewältigung von Transformationsprozessen ist⁹⁶. Die Investitionen in Bildung und Weiterbildung fördern die Anpassungsfähigkeit der Arbeitskräfte und können somit die Wettbewerbsfähigkeit einer Volkswirtschaft sichern. Dabei sind Investitionen in Bildung und Fachkräfteentwicklung, Förderung von Forschung und Innovation sowie die Schaffung flexibler Wirtschaftsstrukturen nur einige Beispiele, die zur Stärkung der gesellschaftlichen und individuellen Resilienz beitragen können⁹⁷. Durch **gezielte Investitionen in Bildungsinfrastruktur kann nicht nur die individuelle Veränderungsbereitschaft gestärkt, sondern auch insgesamt die Wettbewerbsfähigkeit von Wirtschaft und Gesellschaft erhöht** werden.

5.3 Kommunikation und zentrale Koordination

Unsere Studie belegt nicht zuletzt, dass die Akzeptanz von Veränderungen maßgeblich von der Art der Kommunikation abhängt. Bürger nehmen politische Entscheidungen oft als schlecht kommuniziert, widersprüchlich oder unverständlich wahr. Daraus ergibt sich die Handlungsempfehlung, dass

94 Kupferschmitt, T. & Müller, T. (2020).

95 Vgl. ITAS Strukturbericht S.41 (2024)

96 Autorengruppe Bildungsberichterstattung. (2020).

97 Endreß, M. & Rampp, B. (2022).

Veränderungen klarer, transparenter und faktenbasierter vermittelt werden müssen. Erfolgreiche Kommunikation setzt darauf, dass Transformationsprozesse in verständlicher Sprache erklärt und mit nachvollziehbaren Argumenten untermauert werden. Neben der Information über Notwendigkeiten von Veränderungen sollten positive Beispiele und Erfolgsgeschichten vermittelt werden, die den individuellen Nutzen von Transformationsprozessen verdeutlichen. Statt Ängste zu schüren, sollte die Kommunikation auf Chancen und Perspektiven fokussieren. Auch wirtschaftliche Akteure sind gefragt, ihre eigenen Veränderungsprozesse aktiv zu kommunizieren, um Mitarbeitende und Kunden für Innovationen zu gewinnen. Medien sollten sich ihrer Verantwortung bewusst sein und eine sachliche, differenzierte Berichterstattung über Transformationsprozesse gewährleisten, um Polarisierung und Unsicherheiten zu vermeiden.

Die Art und Weise, wie Veränderungen kommuniziert werden, beeinflusst deren Akzeptanz. In der Medienwissenschaft wird betont, **dass transparente und faktenbasierte Kommunikation das Vertrauen der Bevölkerung stärkt** und somit die Implementierung politischer Maßnahmen erleichtert⁹⁸.

Ein weiteres zentrales Ergebnis unserer Studie ist die Forderung nach verlässlichen politischen Leitplanken, die langfristige Planungssicherheit gewährleisten. Bürger und Unternehmen kritisieren kurzfristige oder häufig wechselnde politische Entscheidungen, die Unsicherheit erzeugen und die Bereitschaft zur Veränderung senken. Politische Maßnahmen sollten daher mit einer langfristigen Perspektive entwickelt werden und auch über Legislaturperioden hinweg Bestand haben. Gesetzliche Vorgaben zur Transformation – etwa im Bereich Energiewende oder Digitalisierung – sollten so gestaltet sein, dass sie wirtschaftliche Investitionen und individuelle Anpassungen erleichtern, anstatt diese durch wechselnde politische Prioritäten zu hemmen. Dies erfordert eine **verstärkte politische Koordination und Abstimmung mit Wirtschaft und Zivilgesellschaft**. Für Unternehmen ist es essenziell, dass politische Maßnahmen nicht nur Innovationsanreize setzen, sondern auch wirtschaftliche Machbarkeit und soziale Auswirkungen berücksichtigen. Eine kluge Wirtschaftspolitik sollte daher durch gezielte Anreize – etwa steuerliche Vorteile oder Förderprogramme – nachhaltige Innovationen fördern, die sich mit den langfristigen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Zielsetzungen decken. **Verlässliche und langfristige politische Rahmenbedingungen zu schaffen** ist essenziell für das Vertrauen der Bürger in politische Prozesse.

6 Fazit

Unsere Studie liefert eine Analyse der aktuellen Veränderungsbereitschaft und Transformationskompetenz in der Region Chemnitz/Südwestsachsen und untersucht die Faktoren, die regionale Anpassungsprozesse hemmen oder begünstigen. Resiliente Regionen befinden sich in einem ständigen **Anpassungs-, Lern- und Erneuerungsprozess**. Sie verfolgen nicht primär das Ziel, nach einer Krise zum Ausgangszustand zurückzukehren, sondern sind offen für Wandel und ermöglichen Innovationen, die wiederum neue Impulse für die nachhaltige Entwicklung der Region setzen. So kann ein neuer, aber auch **stabiler Status Quo** geschaffen werden.

Der bisherige Forschungsstand legt nahe, dass vor allem Faktoren wie sozio-ökonomische Kohäsion in der Bevölkerung, Innovationskraft in der Wirtschaft, und politische Partizipation essenzieller Bestandteil in der Schaffung von gesellschaftlicher Resilienz und Krisenfestigkeit sind. Die Ergebnisse unserer Studie bestätigen viele dieser Annahmen, zeigen jedoch auch eine signifikante Anzahl regionaler Besonderheiten in der Region, die die Ausgangslage und die Resilienzkapazität verändern und daher eine detailliertere Betrachtung notwendig machen. Unter anderem wird deutlich, dass

⁹⁸ Donges, P. & Jarren, O. (2014).

Resilienz und Veränderungsbereitschaft in der Region **vielschichtige Ebenen** haben. Diese sind durch subjektive Wahrnehmungen, die einschlägigen historischen Erfahrungen in Chemnitz/Südwestsachsen und aktuelle politische Gestaltung geprägt. Während wirtschaftliche und soziale Stabilität als Grundlage für Anpassungsfähigkeit bestätigt wurden, zeigt sich, dass Vertrauen in politische Institutionen und gesellschaftliche Teilhabe entscheidende Faktoren sind, die über die Akzeptanz oder Ablehnung von Transformationsprozessen entscheiden.

Um die Resilienz der Region langfristig zu stärken, bedarf es daher nicht nur **wirtschaftspolitischer Maßnahmen**, sondern auch Strategien zur **Förderung des gesellschaftlichen Zusammenhalts** und **politischer Mitbestimmung**. Nur so kann gewährleistet werden, dass laufende und zukünftige Transformationen nicht als Bedrohung, sondern als gestaltbare Chance wahrgenommen werden. Es zeigt sich, dass Resilienz nicht als statische Eigenschaft, die eine Region hat oder nicht hat, zu verstehen ist, sondern als ein dynamischer Prozess, der gezielter Gestaltung und Förderung bedarf.

Zusammenfassend lassen sich fünf wesentliche Empfehlungen zur Stärkung der Resilienz in der Region Chemnitz/Südwestsachsen ableiten:

- die verstärkte Einbindung der Bevölkerung in Entscheidungsprozesse,
- die Schaffung verlässlicher politischer Rahmenbedingungen,
- der Ausbau sozialer Absicherung,
- eine verbesserte Kommunikation über Veränderungen, sowie die
- gezielte Förderung von Bildung und Weiterbildung.

Die **Umsetzung dieser Maßnahmen** kann dazu beitragen, die Veränderungsbereitschaft der hiesigen Bevölkerung zu fördern und Transformationsprozesse nachhaltiger und sozial verträglicher zu gestalten.

Insgesamt wird die Resilienz der Region Chemnitz/Südwestsachsen in den kommenden Jahren maßgeblich davon abhängen, wie konsequent Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft gemeinsame Lern- und Gestaltungsprozesse initiieren und umsetzen. Die vielschichten Herausforderungen der Region, unter anderem durch den demografischen Wandel, technologische Umbrüche und globale Krisen verlangen nach integrativen, vorausschauenden Strategien. Auch die Rolle der Forschung und Entwicklung ist hier wichtig, da zukünftige Studien Resilienz verstärkt unter den Gesichtspunkten regionaler Narrative, Netzwerke und Innovationspotenziale betrachten sollten, um resilienzfördernde Faktoren gezielt weiterzuentwickeln. Da eine resiliente Region nicht durch punktuelle Maßnahmen entsteht, sondern den **kontinuierlichen Dialog** über Zukunftsfähigkeit sowie **ständige Aufmerksamkeit und Ressourcen** bedarf, bleibt Resilienz eine **Daueraufgabe** lokaler, regionaler und nationaler Akteure.

7 Literaturverzeichnis

- Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2020). *Bildung in Deutschland 2020: Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Bildung in einer digitalisierten Welt*. Bielefeld: wbv Media.
- Bundesministerium der Justiz (2008). *Raumordnungsgesetz (ROG)*. Online verfügbar unter: https://www.gesetze-im-internet.de/rog_2008/BJNR298610008.html (20.02.2025).
- Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) (2020): *Regionale Lebensverhältnisse – Ein Messkonzept zur Bewertung ungleicher Lebensverhältnisse in den Teilräumen Deutschlands*. Online verfügbar unter: https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/veroeffentlichungen/bbsr-online/2020/bbsr-online-06-2020-dl.pdf?__blob=publicationFile&v=6 (02.03.2025).
- Denzel, M., Schötz, S. & Töpel, V. (2022). *Von der Industriemetropole zur resilienten Stadt: Leipzig im regionalen und überregionalen Vergleich. Historische Resilienz-Forschung*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-37302-3>.
- Donges, P. & Jarren, O. (2014). *Politische Kommunikation in der Mediengesellschaft: Eine Einführung*. Wiesbaden: Springer VS.
- Endreß, M. & Rampp, B. (2022). *Resilienz als Prozess: Beiträge zu einer Soziologie von Resilienz*. Wiesbaden: Springer Fachmedien. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-38270-4>.
- Foken, I. (2016). *Psychologische Perspektiven der Resilienzforschung*. In: Wink, Rüdiger (Hrsg.). *Multidisziplinäre Perspektiven der Resilienzforschung*. 1. Auflage. Wiesbaden: Springer Fachmedien, 13–45.
- Frank, F., Lukas, T., Tackenberg, B., Dijkzeul, D., Borgmann, C., Biegert, A. & Brejora, M. (2021). *Gemeinsamer Sach- und Schlussbericht zum BMBF-Verbundprojekt: ResOrt. Resilienz durch Sozialen Zusammenhalt. Die Rolle von Organisationen*. Bergische Universität Wuppertal.
- Fuchs, R. & Klingholz, R. (2019). *Die demografische Zukunft Ostdeutschlands: Chancen und Risiken im Wandel*. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung.
- Gleich, M. (2019). *Agenda Setting in der Digitalen Medienwelt*. Media Perspektiven 3/2019. Online verfügbar unter: https://www.ard-media.de/fileadmin/user_upload/media-perspektiven/pdf/2019/0319_Gleich.pdf (27.02.2025).
- Gold, R. & Lehr, J. (2024). *Paying-off Populism: EU Regionalpolitik verringert Unterstützung populistischer Parteien*. Kiel Policy Brief 04/2024. Online verfügbar unter: <https://www.ifw-kiel.de/de/publikationen/paying-off-populism-eu-regionalpolitik-verringert-unterstuetzung-populistischer-parteien-32733/> (04.02.2025).
- Grabher, G. (1997). *Adaptation at the cost of adaptability? Restructuring the Eastern German regional economy*. In: *European Urban and Regional Studies*, 4(3), 221–241.
- Hassink, R., Isaksen, A. & Trippel, M. (2018). *Towards a comprehensive understanding of regional industrial path development*. In: *Regional Studies*, 53(11), 1610–1619.
- Heine, K., Läßle, D. & Brück, T. (2020). *Economic resilience in East Germany: Learning from transformation experiences?* Discussion Paper, IWH Halle.
- Imreg Institut für Mittelstands- und Regionalentwicklung GmbH im Auftrag der Initiative Transformation Automobilregion Südwestsachsen (ITAS) (2024). *Die Region Südwestsachsen im Strukturwandel der Automobilindustrie im nationalen Vergleich*. Online verfügbar unter: https://itas-projekt.de/wp-content/uploads/Strukturbericht_2024_ITAS_v1.pdf (Letztes Abrufdatum: 04.02.2025).

- Krenn, K., Goldacker, G. & Plomin, J. (2022). *Resilienz im digitalen Kontext*. Kompetenzzentrum Öffentliche IT (ÖFIT). Fraunhofer-Institut für Offene Kommunikationssysteme FOKUS. Online verfügbar unter: <https://publica-rest.fraunhofer.de/server/api/core/bitstreams/6d3b51ef-f5c5-4403-a1f6-d33bd2bf4cb6/content> ((Letztes Abrufdatum: 04.02.2025).
- Kupferschmitt, T. & Müller, T. (2020). *ARD/ZDF-Massenkommunikation 2020: Mediennutzung im Intermedianvergleich; Konsequenzen und Ideen*. Media Perspektiven 7-8/2020. Online verfügbar unter: https://www.ard-media.de/fileadmin/user_upload/media-perspektiven/pdf/2020/070820_Kupferschmitt_Mueller.pdf (27.02.2025).
- Lang, T. (2021). *Institutional legacies and path dependencies in post-socialist regions*. In: Tijdschrift voor Economische en Sociale Geografie, 112(3), 249–265.
- McAslan, A. (2010). *The Concept of Resilience: Understanding its Origins, Meaning and Utility*. In: Torrens Resilience Institute. Online verfügbar unter: <https://www.flinders.edu.au/content/dam/documents/research/torrens-resilience-institute/resilience-origins-and-utility.pdf> (23.01.2025).
- McCombs, M. & Shaw, D. (2017). *The agenda-setting function of mass media*. In: The Agenda Setting Journal, 1(2), 105–117.
- Nanz, P. & Leggewie, C. (2016). *Die Konsultative: Mehr Demokratie durch Bürgerbeteiligung*. Berlin: Klaus Wagenbach Verlag.
- Naughton, C. & Wortmann, A. (2024). *Der Einfluss der psychologischen Ressourcen Neugier, Psychologisches Kapitals und Psychologische Flexibilität auf die kognitive und emotionale Veränderungsbereitschaft von Mitarbeitern*. Zenodo. <https://doi.org/10.5281/zenodo.14563899>.
- Neugebauer, C., Steinfuß, T. & Vollmer, L. (2022). *Economic transformations and regional disparities in East Germany: A long-term perspective*. In: Economic Geography, 98(2), 132–154.
- Neumüller, W. (2019). *Das resiliente Unternehmen im Mittelstand – Am Beispiel der Neumüller Unternehmensgruppe*. In: Weissenberger-Eibl, M. A. (Hrsg.). *Zukunftsvision Deutschland: Innovation für Fortschritt und Wohlstand*. 1. Auflage. Heidelberg: Springer Gabler. 97–114.
- Oschmann, D. (2023). *Der Osten: Eine westdeutsche Erfindung?* Ullstein Verlag.
- Reed, D. & Reedman, A. (2020). *Reactivity and Adapability: Applying Gender and Age Assessment to the Leader Resilience Profile*. In: *Frontiers in Education*, 5. Online verfügbar unter: <https://www.frontiersin.org/journals/education/articles/10.3389/feduc.2020.574079/full> (18.02.2025).
- Rodríguez-Pose, A. (2018). *The Revenge of the places that don't matter (and what to do about it)*. In: *Cambridge Journal of Regions, Economy and Society*, 11 (1), 189–209. <https://doi.org/10.1093/cjres/rsx024>.
- Schulze, M. (2015). *Transformationserfahrung – Anlass zur Kompetenzentwicklung der Dritten Generation? Eine Annäherung an generationales Lernen im Lebensverlauf*. In: Busch, U. & Thomas, M. (Hrsg.). *25 Jahre Deutsche Einheit. Facetten einer unvollendeten Integration*. Berlin: trafo Wissenschaftsverlag.
- Simmie, J., & Martin, R. (2010). *The economic resilience of regions: Towards an evolutionary approach*. In: *Cambridge Journal of Regions, Economy and Society*, 3(1), 27–43.
- Statista (2024). *Reichweiten der Zeitungen in Deutschland nach Altersgruppen 2024*. Online verfügbar unter: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/239186/umfrage/reichweiten-der-zeitungsgattungen-nach-altersgruppen/> ((Letztes Abrufdatum: 04.02.2025).

Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2024). Bruttoinlandsprodukt in Ost- und Westdeutschland von 1991 bis 2023.

Stiftung für Wissenschaft und Politik (2022). *Wirtschaftliche Resilienz: Kompass oder Catch-word?* Online verfügbar unter: <https://www.swp-berlin.org/publikation/wirtschaftliche-resilienz-kompass-oder-catchword> (18.07.2022).

Tokarski, K.O., Kissling-Näf, I. & Schellinger, J. (2022). *Resilienz und Organisationsentwicklung*. In: Schellinger, J., Tokarski, K.O., Kissling-Näf, I. (Hrsg.). *Resilienz durch Organisationsentwicklung*. Wiesbaden: Springer Gabler.

Unz, D. (2016) *Agenda Setting*. In: Krämer, N., Schwan, S., Unz, D. & M. Suckfüll (Hrsg.). *Medienpsychologie. Schlüsselbegriffe und Konzepte*. 2. Auflage. Stuttgart: Kohlhammer Verlag.

Vogel, B., & Lessenich, S. (2021). *Resilienz und Transformation: Herausforderungen für die Gesellschaftsforschung*. In: *Zeitschrift für Soziologie*, 50(2), 103–120.

Volkman, A (2018). *Gleichwertige Lebensverhältnisse zwischen Daseinsvorsorge und räumlichen Verwirklichungschancen*. Online verfügbar unter: https://leibniz-irs.de/fileadmin/user_upload/pure_files/1320014/Volkman_Gleichwertige_Lebensverh_ltnisse_zwischen_Daseinsvorsorge_und_Verwirklichungschancen.pdf (Letztes Abrufdatum: 02.03.2025).

Wörner, J. & Schmidt, C. (2022). *Sicherheit, Resilienz und Nachhaltigkeit*. München: Acatech.

8 Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Landkreise des Freistaats Sachsen, mit Bezugsraum der Studie	6
Abbildung 2: Phasen der Resilienz.....	10
Abbildung 3: Verantwortung für Gestaltung des Wandels	16
Abbildung 4: Betroffene des Wandels	17
Abbildung 5: Aktuelle Veränderungsbereitschaft der Bürger	21
Abbildung 6: Bereitschaft zu Veränderungen in den letzten 5 Jahren	22
Abbildung 7: Rolle der Medien im Kontext des Wandels	27